

Protokoll

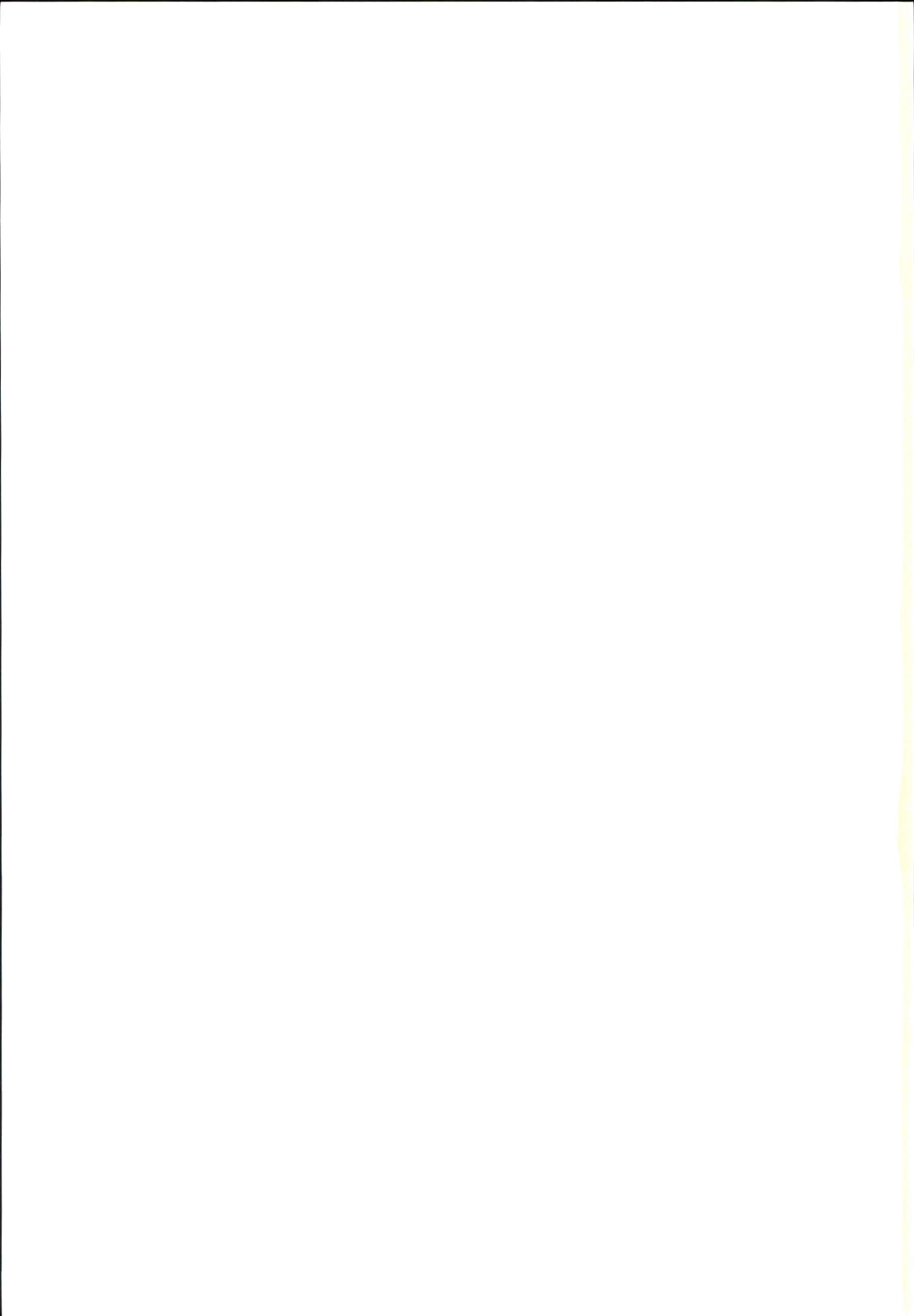
Bundesausschuss der CDU Deutschlands
am 20. Februar 2006 in Berlin
Hotel Maritim



Neue Gerechtigkeit durch
mehr Freiheit.



CDU



Protokoll

**Bundesausschuss der CDU Deutschlands
und Wertekonferenz**

**„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“
20. Februar 2006, Berlin**

**Hotel Maritim
Stauffenbergstraße**

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung:	
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Regularien	8
Rede des designierten Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla	9
Bericht der Mandatsprüfungskommission	15
Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands gemäß § 31 Abs. 3 Statut der CDU	15
Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden der Wertekommission der CDU Deutschlands, Dr. Christoph Böhr	18
Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	24
Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“	37
Schlusswort des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla	60
ANHANG	
Beschlussprotokoll	61
Rednerverzeichnis	66

**Bundesausschuss der CDU Deutschlands und Wertekonferenz
„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“
am 20. Februar 2006, Berlin
Hotel Maritim, Stauffenbergstraße
(Beginn 11.07 Uhr)**

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hiermit eröffne ich den Bundesausschuss und die Wertekonferenz der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, und mein erster Gruß gilt selbstverständlich den Delegierten zu diesem Bundesausschuss aus den Landesverbänden. Herzlich willkommen hier in Berlin!

(Beifall)

Im Mittelpunkt des heutigen Bundesausschusses steht die Wahl von Ronald Pofalla zum Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er wird gleich als Erster zu uns sprechen und um Ihr Vertrauen werben, nachdem sein Vorgänger, Volker Kauder, jetzt bekanntermaßen Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Lieber Volker Kauder, lass es mich auch auf diesem Bundesausschuss noch einmal sagen: herzlichen Dank für die Zusammenarbeit mit dir als Generalsekretär. Es hat mir – und ich glaube, das auch im Namen der ganzen Partei sagen zu dürfen – viel Spaß gemacht. Es war eine spannende, eine intensive, eine erfolgreiche Zeit. Herzlichen Dank dafür und alles, alles Gute in der neuen Funktion!

(Beifall)

Ronald Pofalla werde ich Ihnen nachher, wenn wir zur Wahl schreiten, noch einmal vorstellen und werde meinen Vorschlag auch begründen, aber ich glaube, wir haben als Partei viel vor uns, denn wir sind heute auch zusammengekommen, um mit unseren Gästen über die Frage zu sprechen, wie heute Werte in unserer Gesellschaft konkret gelebt werden können. Wir wollen damit die Grundsatzdebatte in der Christlich Demokratischen Union eröffnen und ihr erste Impulse geben.

Dazu wird als Erster Christoph Böhr sprechen. Christoph Böhr ist seit Jahren Vorsitzender der Wertekommission der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er ist ein steter Mahner

und Verfechter einer wertegeleiteten Politik in allen Bereichen. Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union in Rheinland-Pfalz und als dortiger Spitzenkandidat wird er neben seiner Grundsatzarbeit alle Kraft in den nächsten Wochen natürlich darein setzen, dass es zu einem Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz kommt. Lieber Christoph Böhr, wir wünschen dir dabei viel Erfolg und werden dich nach allen Kräften unterstützen. Auch dir ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Mit der gleichen Herzlichkeit möchte ich Günther Oettinger als weiteren Wahlkämpfer unter uns begrüßen. Lieber Günther, du führst ein Land an, das die niedrigste Arbeitslosenquote hat, das die meisten Patentanmeldungen hat und das Spitzenplätze bei der Bildung und in anderen Bereichen einnimmt. Diese Möglichkeit, dass die Christlich Demokratische Union in Baden-Württemberg Politik gestaltet, muss erhalten bleiben. Auch dir ein herzliches Willkommen und viel Kraft im Wahlkampf; die ganze Partei steht hinter dir!

(Beifall)

Auch Wolfgang Böhmer, der heute, wenn ich recht informiert bin, selber intensiv im Wahlkampf ist, wünschen wir alles Gute. Sachsen-Anhalt hat Fortschritte gemacht. Sachsen-Anhalt hat die rote Laterne abgegeben, was die Arbeitslosigkeit angeht. Sachsen-Anhalt hat unter dem Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer den größten Sprung in Bezug auf die Ergebnisse bei der PISA-Studie gemacht. Wir bitten den Landesvorsitzenden ganz herzlich, unsere besten Grüße an die Christlich Demokratische Union in Sachsen-Anhalt zu überbringen. Unsere gesamte Unterstützung gilt einem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt. Ein herzliches Willkommen an alle, die aus Sachsen-Anhalt hier sind!

(Beifall)

Seit sieben Jahren steht Roland Koch an der Spitze der hessischen Regierung. Das Land hat sich seitdem in hervorragender Weise entwickelt. Hessen hat nicht Landtagswahl, sondern Kommunalwahlen, aber wir alle wissen, dass das Fundament unserer Arbeit davon abhängt, ob wir in den Kommunen mitgestalten können. Deshalb gilt unsere Unterstützung auch der hessischen Christlich Demokratischen Union in diesem Kommunalwahlkampf. Auch dir, lieber Roland, unsere herzlichen Wünsche für viel Erfolg, der hessischen CDU viel Kraft und die Unterstützung der gesamten Bundespartei!

(Beifall)

Zu Beginn der Wertedebatte werden wir zwei Reden hören, eine von Christoph Böhr, eine von mir als der Vorsitzenden der CDU. Zu unserem Podium begrüße ich dann als ersten Diskutanten Herrn Professor Dr. Dr. Karl Homann. Er ist Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an

der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Ist er schon da? – Dann bitte ich Sie, Herr Professor Homann, kurz aufzustehen.

(Beifall)

Des Weiteren begrüße ich Dr. Patrick Adenauer, den Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße Bischof Dr. Wolfgang Huber, den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er ist im Moment noch nicht da, aber wir freuen uns auf sein Kommen.

Ist Nina Ruge schon da? – Ja. Dann bitte ich auch sie, kurz aufzustehen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Sie ist uns als Fernsehmoderatorin bekannt, ist aber auch Repräsentantin von UNICEF. Danke schön, dass Sie hier sind!

Der Chefredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, Herr Ulrich Reitz, wird uns später durch die Diskussion führen. Auch ihm ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass wir heute sehr, sehr viele Gäste haben, wie wir uns überhaupt über die große Zahl der Anmeldungen gefreut haben. Stellvertretend für viele nenne ich den Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Prälat Karl Jüsten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Herrn Professor Hans Joachim Meyer,

(Beifall)

den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Michael Sommer,

(Beifall)

den Vizepräsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Dr. Arend Oetker, den ich allerdings noch nicht gesehen habe, und last but not least heiße ich all die herzlich willkommen, die über unseren Kongress schreiben, berichten und senden. Ich hoffe, sie werden viel Gutes zu berichten haben, und deshalb wünsche ich auch Ihnen einen guten Tag hier bei uns.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

REGULARIEN

Ich bitte Sie, sich die Tagungsunterlagen einmal anzuschauen und zunächst das darin aufgeführte Tagungspräsidium zu bestätigen. Können wir gleich über das Tagungspräsidium abstimmen? Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen. Wer dafür ist, dass wir das Tagungspräsidium so benennen, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer Enthält sich der Stimme? – Wer ist dagegen? – Dann ist das Tagungspräsidium so beschlossen.

Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich die Tagungsleitung damit an Günther Oettinger.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Verehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen zugesandt. Ich darf Sie fragen, ob Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind. Für die Zustimmung bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit verfahren wir demgemäß.

Sie wissen, dass heute die Wahl des Generalsekretärs ansteht; wir kommen unter Tagesordnungspunkt 5 mit einigen Hinweisen darauf zurück.

Zur Geschäftsordnung möchte ich einige wenige Hinweise geben. Es liegen dem Bundesausschuss bisher keine Anträge vor. Wenn der Wunsch besteht, Anträge zur Sache zu stellen, müssen diese von mindestens sechs stimmberechtigten Delegierten eingebracht sein. Damit die Anträge ordnungsgemäß beraten werden können, ist für das Einreichen eine Frist vorgesehen. In meinem Sprechzettel wird 11.15 Uhr vorgeschlagen, aber ich meine, das sei zu eng bemessen. Deswegen schlage ich vor, dass die Frist für Sachanträge bis 11.30 Uhr läuft. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Es ist so beschlossen.

Die Mitteilung über eine eventuelle Sitzung der Antragskommission erfolgt rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Wenn Sie Redebeiträge leisten wollen, bitten wir Sie, die entsprechenden Wortmeldezettel zu benutzen und am dafür vorgesehenen Tisch abzugeben.

Nun kommen wir zur Abstimmung über notwendige Kommissionen. Ihnen liegen Vorschläge für die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzählkommission und die Antragskommission in den Unterlagen vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, stimmen wir darüber gemeinsam ab. Ich sehe keinen Widerspruch. Wer den Kommissionsvorschlägen zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Wir bitten die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich sofort am Regietisch seitlich vor der Bühne einzufinden. Die Mitglieder der Stimmzählkommission mögen sofort in den Raum der Stimmzählkommission gehen, damit die Wahl entsprechend vorbereitet werden kann.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt, und ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

**REDE DES DESIGNIERTEN GENERALSEKRETÄRS
DER CDU DEUTSCHLANDS, RONALD POFALLA.**

Bitte schön, Ronald, du hast das Wort.

(Beifall)

Ronald Pofalla: Sehr geehrte Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Heute ist das erste größere Parteitreffen der CDU nach der Bildung der neuen Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Ich freue mich, dass neben den Delegierten des Bundesausschusses so viele Menschen unserer Einladung gefolgt sind, heute am Beginn unserer Grundsatzprogrammdebatte auf der anschließenden Wertekonferenz teilzunehmen und damit auch zu bereichern. Ich will aber gleich eines an den Anfang stellen – und dafür bitte ich um Verständnis –, weil das heute das erste größere Treffen der CDU nach Bildung der großen Koalition und nach Bildung der neuen Regierung ist: Es haben ja nicht viele erwartet, dass der Regierungsstart so gelingt, wie er gelungen ist. Doch nach gut 90 Tagen weiß ganz Deutschland das, was wir aus der CDU schon immer wussten: Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gelingt ein neuer Anfang für unser Land, und das ist gut so.

(Beifall)

Klar ist aber auch: Die Herausforderungen an unser Land sind nicht kleiner geworden. Neue sind hinzugekommen, jetzt ganz aktuell die Vogelgrippe. Doch klar ist auch: Ein Bewusstseinswandel hat eingesetzt. Wir nennen die Herausforderungen in unserem Land beim Namen, statt sie zu verschweigen. Das zeigt, wir erarbeiten neues Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik. Jetzt gilt es, diesen Schwung der neuen Bundesregierung für die notwendigen Reformvorhaben in diesem Jahr mitzunehmen.

Die CDU steht zur großen Koalition. Natürlich ist die große Koalition – das will ich hier offen sagen – nicht immer leicht für unsere Partei. Im Bund ist die SPD Koalitionspartner, in den Ländern und in den Kommunen ist sie politischer Konkurrent. Das wird Auswirkungen auf meine Arbeit als zukünftiger Generalsekretär haben, das wird diese Arbeit prägen.

Meine Aufgabe wird nach meiner Überzeugung im Wesentlichen durch zwei Punkte gekennzeichnet sein. Zum einen geht es darum, die erfolgreiche Arbeit der neuen Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel zu unterstützen. Diese Unterstützung ist kein Selbstzweck, sondern wenn diese Regierung erfolgreich ist, dann werden die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wieder neue Chancen erhalten, die sie in den vergangenen sieben Jahren unter der Vorgängerregierung nicht gehabt haben.

(Beifall)

Zum anderen will ich – und muss das auch – das eigene Profil der CDU trotz der großen Koalition oder in der großen Koalition schärfen. Bei allen Gemeinsamkeiten, die ein effektvolles Regierungshandeln voraussetzt, muss deutlich werden, wo wir als CDU uns weiterhin von den Sozialdemokraten und den anderen politischen Parteien unterscheiden.

Diese große Koalition ist im doppelten Sinne ein neuer Versuch. Es ist ein neuer Versuch, die Probleme Deutschlands zu lösen. Trotz dieser Problemlösungen, die anstehen – und ich bin überzeugt, dass der großen Koalition viel gelingt –, geht es aber auch darum, die Identität der CDU zu wahren und in manchem Streit deutlich zu machen, warum wir zu anderen Ergebnissen kommen als die SPD.

Die CDU ist eine Partei, die in ihrem Parteinamen das „C“ hat. Aus unserem christlichen Menschenbild leitet sich ab, dass wir den Menschen nehmen, wie er ist. Wir nähern uns Herausforderungen ohne ideologische Scheuklappen, anders als beispielsweise die Grünen, die beim Stichwort „Deutsch auf Schulhöfen“ auf die Barrikaden steigen, anders als die SPD, die Unternehmer, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen, als Heuschrecken diffamiert, anders als die FDP, die sich auf die Wirtschaft beschränkt und dabei das Soziale aus dem Blick verliert. Die CDU ist die Partei der Mitte, und die CDU muss die Partei der Mitte bleiben.

(Beifall)

Dass wir das sind, werden wir in den verbleibenden fünf Wochen bis zu den drei Landtagswahlen und den Kommunalwahlen in Hessen deutlich machen. Wir werden am 26. März die Wahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sowie auf kommunaler Ebene in Hessen zum Anlass nehmen, die Unterschiede zu unseren Konkurrenten deutlich zu machen. Eines sage ich in diesem Zusammenhang ganz deutlich und ohne Wenn und Aber: Kein Platzek, kein Müntefering, keine große Koalition und erst recht keine vermeintliche Koalitionshygiene hält uns davon ab, um das Vertrauen der Menschen in diesen Bundesländern zu werben. Unser Ziel heißt: vier Wahlen, viermal Sieg für die CDU!

(Beifall)

Es ist mir wichtig, als zukünftiger Generalsekretär das Konrad-Adenauer-Haus näher an die Gliederungen der Partei zu bringen; denn wer Volkspartei sein will, muss – davon bin ich fest überzeugt – stark vor Ort sein. Dass in der Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus ausgezeichnete Arbeit geleistet wird, habe ich in den mehr als zwei Monaten, die ich mich in dem Haus mittlerweile schon zu Hause fühle, gesehen. Es geht aber darum, diese Arbeit des Konrad-Adenauer-Hauses stärker in die Partei hineinzutragen, und es wird mir in den nächsten Monaten nach den Landtagswahlen vor allem darauf ankommen, unsere Mitglieder darüber zu informieren, welche Arbeit hier geleistet wird.

Gemeinsam haben CDU und CSU längst mehr Mitglieder als die SPD. Der CDU allein fehlen nur noch knapp 19 000 Mitglieder, um die SPD zu überholen. Man muss es sich einmal vergegenwärtigen: Vor zehn Jahren lag die Differenz zwischen SPD und CDU bei den Mitgliedern noch bei über 160 000. Wir sind einen weiten Weg gegangen, und ich sage in Richtung unseres Koalitionspartners: Liebe Koalitionspartner, zieht euch warm an, noch in dieser Legislaturperiode werden wir mitgliedermäßig stärker sein als ihr.

(Beifall)

Es hat uns, wie ich finde, in der Opposition ausgezeichnet, dass wir die Themen beim Namen genannt haben. Die Regierung, die wir jetzt stellen und an der wir unter Führung von Angela Merkel ganz entscheidend beteiligt sind, darf nicht dazu führen, dass wir die Themen, die die Menschen bewegen und die in unserer Gesellschaft zu beklagen sind, nicht weiter ansprechen. Deshalb will ich die aus meiner Sicht größte soziale Ungerechtigkeit in unserem Land beim Namen nennen, die Arbeitslosigkeit. Dieses Thema ist eines, das – um es offen zu sagen – seit meiner Kindheit auch zu meiner familiären Erfahrung zählt. Zu Beginn der 70er-Jahre habe ich erlebt, wie durch den Konkurs eines Unternehmens unter anderem mein Vater als über 50-jähriger Holzfacharbeiter und Haupternährer der Familie arbeitslos wurde. Ich habe erlebt, wie sich das Leben meiner Familie durch Arbeitslosigkeit verändert hat, wie das Selbstbewusstsein meines Vaters litt und erst wieder zurückkehrte, als er wieder Arbeit gefunden hatte. Deshalb kann und will ich mich auch ganz persönlich mit der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, die in diesen Wochen wieder auf über fünf Millionen gestiegen ist, nicht abfinden. Wir müssen unsere gesamte Kraft der politischen Arbeit in den nächsten vier Jahren darauf konzentrieren, mit Intelligenz und mit guten Konzepten diese Massenarbeitslosigkeit in Deutschland zurückzudrängen.

(Beifall)

Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit will ich noch eine Zahl nennen, weil die den meisten gar nicht bewusst ist, weil die Statistik die Wirklichkeit, die wir in Deutschland haben, auch nicht hinreichend beschreibt. Wenn Sie die jungen Menschen, die unter 25 Jahre alt sind, nehmen, die tatsächlich in der Statistik als arbeitslos geführt werden, und wenn Sie dazu die unter 25-jäh-

rigen nehmen, die sich – Gott sei Dank – zu Hunderttausenden in Fortbildungsmaßnahmen der Bundesagentur befinden, damit sie anschließend die Möglichkeit haben, in den Arbeitsmarkt zurückzukommen, wenn Sie also diese beiden Zahlen nehmen und sie addieren, dann haben wir in Deutschland in diesen Wochen annähernd 1 Million junge Menschen unter 25 Jahren, denen wir nicht die Gelegenheit geben können, sich im Arbeitsmarkt zu platzieren. Wenn wir aber in der Gesellschaft nicht schon am Beginn des Arbeitslebens eines jungen Menschen alle Kräfte entwickeln, um diesem jungen Menschen wenigstens die Chance zu geben, im Arbeitsmarkt eine Zukunft zu haben, dann ist etwas falsch. Diese neue Bundesregierung ist angetreten – Ich werde darauf gleich näher eingehen –, auch die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zu senken. Die Chance haben wir, wenn wir die vorhandenen Instrumente nutzen; wir müssen sie nur zielgenauer einsetzen. Wir wollen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland in den nächsten vier Jahren abnimmt, damit die jungen Menschen in Deutschland eine Chance haben!

(Beifall)

Es stehen große Entscheidungen an. Bis zum Ende dieses Jahres müssen alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand. Um es deutlich zu sagen: Wir geben in diesem Jahr im Bundeshaushalt annähernd 40 Milliarden Euro – annähernd 40 Milliarden Euro! – für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für Arbeitslosigkeit in Deutschland aus. Es geht nicht darum, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, das Geld, das wir zur Verfügung stellen, zielgerichteter, zielgenauer und im Ergebnis erfolgreicher einzusetzen. Wir werden auch einen Arbeitsminister Franz Müntefering an der Frage messen, ob es ihm gelingt, die vorhandenen Mittel, die im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, zielgenauer und im Ergebnis erfolgreicher einzusetzen.

(Beifall)

Ein zweites Thema ist der Kombilohn. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von CDU und CSU unter Leitung von Markus Söder und mir werden wir ein geeignetes Modell entwickeln. Teile der SPD reden in diesem Zusammenhang von einer Brandmauer, die eingezogen werden soll, um ein bestimmtes Lohnniveau festzuschreiben. Damit zeigt die SPD, dass sie derzeit ausschließlich die Interessen derer im Blick hat, die Arbeit haben. Ich sehe es genau andersherum: Wir müssen keine Mauern hochziehen, schon gar keine Brandmauern, sondern müssen die Einstiegshürden für fünf Millionen Arbeitslose senken; denn jeder Euro, der in Zukunft von einem Arbeitslosen in Deutschland verdient werden kann, ist ein guter Euro, und genau dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Das ist eine zentrale Voraussetzung dafür, Wachstum zu fördern und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Wir haben uns

in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, die Probezeit der neu einzustellenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bis zu 24 Monate zu erweitern. Ich sage hier offen: Wir werden die nächsten Wochen dazu nutzen, in der großen Koalition dieses Vorhaben, das ich für ein wichtiges Vorhaben halte, um zu mehr Flexibilisierung zu kommen, so zielgenau zu platzieren, dass wir schon in diesem Jahr von dieser Flexibilisierung profitieren.

Der vierte Punkt ist einer, der für unsere Partei schwierig ist. Es geht um den Mindestlohn. Ich weiß, dass das in unserer Partei kontrovers diskutiert wird. Wir müssen aber bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir in Europa die folgende Situation haben. In Litauen gibt es einen monatlichen Mindestlohn von 120 Euro. Das kann für Deutschland keiner wollen. In Luxemburg haben wir einen monatlichen Mindestlohn von rund 1 500 Euro. Auch das kann für Deutschland keiner wollen. Ich sage Ihnen wieder ganz offen: Wir müssen über die Frage des Mindestlohnes reden. In diesem Zusammenhang sind mir zwei Punkte von Wichtigkeit:

Erstens. Es darf nicht dazu kommen, dass der Arbeitsmarkt auf einem Lohnniveau einbetoniert wird, das Tausende, möglicherweise sogar Hunderttausende Jobs mit geringem Lohn einfach wegrasiert. Das kann und das wird es mit uns als CDU nicht geben.

(Beifall)

Zweitens. Die Festlegung eines Mindestlohns – wenn man sich denn dafür entscheidet – ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Ich freue mich, dass Michael Sommer heute hier ist. Wir beide haben – das kann man doch hier offen sagen – während der Koalitionsverhandlungen und auch danach häufiger über diese Frage gesprochen. Wir haben da ein Problem, übrigens nicht durch die Dienstleistungsrichtlinie, die jetzt zur Entscheidung ansteht, sondern durch die Dienstleistungsfreiheit, die wir in Europa ohnehin schon immer hatten. Meine feste Überzeugung ist: Es ist Aufgabe der Tarifvertragspartner, einen Vorschlag zu machen. Diese Aufgabe – Herr Sommer, das sage ich nicht nur in Ihre Richtung, sondern auch in Richtung der Arbeitgeber – müssen die Tarifvertragsparteien wahrnehmen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte einige wenige Anmerkungen zur Grundsatzprogrammdebatte machen, die in den nächsten beiden Jahren ansteht. Heute wird diese – wie ich finde, für unsere Partei so wichtige – Debatte gestartet. Diese Debatte muss dazu genutzt werden, auf der einen Seite zu klären, wie wir das Verhältnis der drei Grundwerte unter den Gegebenheiten der Globalisierung und einer veränderten Welt neu bestimmen. Auf der anderen Seite muss diese Grundsatzdebatte dazu genutzt werden, die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich zu machen.

Wir bekennen uns zu einem christlichen Bild vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Das ist leider damit habe ich mich in den letzten Wochen sehr intensiv befasst keine

Selbstverständlichkeit. Im SPD-Programm finden Sie weder einen Bezug zum christlichen Menschenbild noch einen Bezug zu Gott. Das ist einer der entscheidenden Unterschiede zwischen CDU und SPD. Das ist der Kern unserer Identität und an dieser Identität will und wird keiner etwas ändern.

(Beifall)

Wir haben uns hier, wie Sie sehen, das Motto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ gegeben. Unser letztes Grundsatzprogramm trug übrigens den Titel „Freiheit in Verantwortung“. Der Freiheitsbegriff war schon immer ein zentraler Begriff in der Programmatik der CDU. Wir unterscheiden uns von den Sozialdemokraten allerdings dadurch, dass wir den Begriff der Gerechtigkeit nicht auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit reduzieren. Wir sind der Auffassung, dass Gerechtigkeit mehr umfasst. Sie umfasst Leistungsgerechtigkeit, sie umfasst Chancengerechtigkeit und sie umfasst schließlich auch Familiengerechtigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter allen Ländern Westeuropas die höchste Sozialstaatsquote. Es kann in Deutschland bei einem Haushalt, der ein strukturelles Defizit von 65 Milliarden Euro hat, nicht um mehr Geld für Soziales gehen. Es kann nur darum gehen, dass wir die vorhandenen Mittel effektiver, effizienter und am Ende so einsetzen, dass die wirklich Bedürftigen Unterstützung durch den Staat erhalten, dass wir aber diese Debatte werden wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres führen müssen die Sozialstaatsquote der Bundesrepublik Deutschland, wenn wir unsere Haushaltsprobleme lösen wollen, auf absehbare Zeit eher werden reduzieren denn erhöhen müssen. Wir verstehen unter neuer Gerechtigkeit, dass wir Gerechtigkeit nicht auf ein Element, das soziale Element, reduzieren, sondern dass wir denen Hilfe gewähren, die Hilfe brauchen, dass wir denen, die diese Hilfe gewähren, aber nicht so viele Lasten aufbürden, dass sie am Ende damit sind wir beim Gesichtspunkt der Leistungsgerechtigkeit in Deutschland nicht mehr leistungsgerecht arbeiten können, weil wir ihnen über die Steuern und über die Sozialversicherungssysteme so viel von ihrer Leistungskraft wegnehmen, dass sich Leistung in Deutschland nicht mehr lohnt.

Wir werden uns auch in der großen Koalition weiter dafür einsetzen, dass sich Leistung in der Bundesrepublik lohnt, dass diejenigen, die Leistung erbringen, in den Sozialversicherungssystemen dadurch entsprechend begünstigt werden, dass wir beispielsweise den Arbeitslosenversicherungsbeitrag senken. Denjenigen, die der Hilfe bedürfen, wollen wir auch Hilfe geben. Hierüber werden wir in einen Meinungsstreit mit den Sozialdemokraten eintreten müssen, weil Sozialdemokraten die drei Grundwerte, die wir haben, als gleichwertige Grundwerte ansehen, was im Übrigen ein weiterer Unterscheidungspunkt zwischen uns und der Sozialdemokratie ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich auf die Arbeit als Generalsekretär der CDU. Ich bedanke mich bei Angela Merkel dafür, dass sie mich gleich als neuen Generalsekretär vorschlagen wird. Die Arbeit mit Angela Merkel macht mir viel Freude, weil sie eine Partei-

vorsitzende und eine Regierungschefin ist, die nicht darum herumredet, die nichts von großen Ankündigungen hält, sondern die die Probleme erkennt, sie analysiert und sie löst. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Lieber Ronald, wir danken dir für deine Rede, dein Engagement und deinen Beitrag, der in den nächsten Jahren mit Sicherheit wichtige Schwerpunkte für die Parteilarbeit setzen wird.

Wir kommen nun zu PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission erteile ich Dirk Reitze das Wort.

Dirk Reitze, Mandatsprüfungskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bundesvorsitzende! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 30 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Bundesausschuss aus 135 voll stimmberechtigten Delegierten; von diesen sind 81 anwesend. Der Bundesausschuss ist damit beschlussfähig. – Danke.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dirk Reitze.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Unser Statut sieht vor, dass der Generalsekretär auf Vorschlag der Partelvorsitzenden gewählt wird. Ich gebe deswegen unserer Vorsitzenden Angela Merkel das Wort.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Lieber Günther Oettinger! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen Ronald Pofalla zur Wahl zum Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vorschlagen. Ronald Pofalla ist ein Jurist, der allerdings erst Jurist wurde, nachdem er schon Sozialpädagogik studiert hatte. Das zeigt, dass er auf einem breiten Fundament agiert. Er hat eben in seiner Rede als sehr persönliche Erfahrung benannt, dass es ihm um das geht, was die Christlich Demokratische Union stark

gemacht hat, um ein Verständnis der sozialen Marktwirtschaft, bei dem jeder Mensch in unserem Land eine Chance hat.

Ronald Pofalla verfügt über Erfahrung in der Parteiarbeit von der Pike auf. Er ist seit 1975 Mitglied der Christlich Demokratischen Union und war Landesvorsitzender der jungen Union Nordrhein-Westfalen. Seit 1991 ist er Kreisvorsitzender im Kreis Kleve und seit 2000 Bezirksvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Niederrhein. Er kommt also aus dem großen und uns allen sehr vertrauten Landesverband Nordrhein-Westfalen, einem Herzstück der Christlich Demokratischen Union, ohne dass ich andere Landesverbände damit in irgendeiner Weise beleidigen möchte.

(Heiterkeit)

Er ist Bundestagsabgeordneter und war von 2002 bis 2004 Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 2004 bis 2005 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wobei er für die Bereiche Arbeit und Wirtschaft zuständig war. Seit Dezember 2005 ist er schon insofern verfügen Sie schon über einen kleinen Einblick in seine Arbeit als designierter Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands tätig.

Ich glaube, dass Ronald Pofallas breite Verankerung in der Mitte unserer Gesellschaft, seine Erfahrung auf allen Ebenen der Partei und seine Verankerung in der Basis eine hervorragende Grundlage dafür bieten, das Profil der Christlich Demokratischen Union gerade jetzt auch bei der Arbeit in einer großen Koalition zu schärfen und gleichzeitig den Erfolg der großen Koalition ein Stück weit aus der Parteiperspektive mit zu befördern. Ronald Pofalla hat in den letzten Wochen gezeigt, dass er die Dinge mutig anpackt und dass er zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses eine neue Phase unserer Parteiarbeit beginnen möchte. Als Bundeskanzlerin sage ich ganz unumwunden, dass ich ihn auch als Unterstützung für die Arbeit in der Partei brauche. Als Parteivorsitzende werde ich wie bereits in vielen anderen Funktionen gut und vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeiten. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen für Ronald Pofalla als unseren neuen Generalsekretär.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Wir danken Angela Merkel für diesen Vorschlag und treten damit in die Wahlhandlung ein. § 43 unseres Statuts besagt, dass die Wahl geheim mit Stimmzetteln durchgeführt werden muss und dass für die Wahl die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen dabei nicht mit. Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den im Saal aufgestellten Wahlkabinen aus-

zufüllen. Bitte begeben Sie sich zur nächstgelegenen Wahlkabine. Bitte verwenden Sie bei der Wahl den Stimmzettel 1 aus dem Stimmzettelblock. Sie können mit Ja, Nein, Enthaltung oder dem Namen Pofalla votieren. Ich eröffne damit den Wahlgang. –

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind?

(Zurufe: Nein!)

Wo sind noch Stimmzettel einzuwerfen? – Ich frage noch einmal nach: Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Dies ist der Fall. Damit schließen wir den Wahlgang und unterbrechen die Sitzung für wenige Minuten, bis die Auszählung erfolgt ist.

(Kurze Unterbrechung)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs liegt vor. Es wurden 79 Stimmen abgegeben. Keine Stimme war ungültig. Es gab eine Enthaltung. Damit haben wir 78 gültige Stimmen. Die Mehrheit beträgt somit 40 Stimmen. Ronald Pofalla hat 76 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen erhalten. Er ist damit mit 97,4 % der Stimmen herausragend gewählt.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Ronald, wir gratulieren dir und dürfen dich fragen, ob du die Wahl annimmst.

Ronald Pofalla: Lieber Günther! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das wirklich sehr gute Wahlergebnis. Ich hoffe, dass ich in den nächsten Monaten diesem Vertrauensbeweis gerecht werde. – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
überreicht Ronald Pofalla einen Blumenstrauß)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Lieber Ronald, der Bundesausschuss wünscht dir alles Gute. Wir freuen uns auf deine Arbeit.

Ich möchte nun noch zwei weitere Freunde begrüßen, die in diesem Jahr vor wichtigen Wahlen stehen. In der Bundeshauptstadt tritt Friedbert Pflüger als Spitzenkandidat an. Er ist unter uns. Friedbert, sei herzlich gegrüßt.

(Beifall)

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist Jürgen Seidel unser Spitzenkandidat. Auch er ist hier. Sei herzlich gegrüßt.

(Beifall)

Wir kommen nun zu PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG und gehen damit zur Wertekonferenz über:

**REDE DES VORSITZENDEN DER CDU RHEINLAND-PFALZ
UND VORSITZENDEN DER WERTEKOMMISSION DER CDU DEUTSCHLANDS,
DR. CHRISTOPH BÖHR**

Zur Eröffnung der Wertekonferenz hat nun Christoph Böhr das Wort.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr: Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! An den Beginn meiner Rede will ich ganz bewusst ein herzliches Dankeschön stellen, ein Dankeschön insbesondere unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel dafür sagen, dass sie in den letzten Wochen den Boden für eine Diskussion bereitet hat, von der ich in der Tat glaube, dass wir sie nötig haben und dass wir sie brauchen. Wir müssen uns nämlich unserer Grundlagen und unserer Grundsätze erneut vergewissern, nicht deshalb, weil da viel über Bord zu werfen wäre, sondern deshalb, meine Damen und Herren, weil sich die Welt in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten verändert hat.

Die Globalisierung schreitet voran. Viele haben das Gefühl der Hilflosigkeit, und zwar angesichts von Entwicklungen, von denen sie glauben, dass wir sie kaum noch beeinflussen können. Die Überwindung der europäischen Spaltung ist kaum vollzogen, da wird in unserem Land schon über eine neue Erweiterungsrunde der Europäischen Union diskutiert, über eine Erweiterung, die zudem den außereuropäischen Raum einbeziehen soll. Die Begegnungen der Kulturen führen immer häufiger zu Streit, einem Streit, der auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschreckt.

Fast überall auf der ganzen Welt entdecken Menschen neu, dass ihr Bild vom Menschen und ihre Vorstellung von Gesellschaft aus religiösen Quellen gespeist werden, aus Quellen, die offenkundig auch in säkularisierten Gesellschaften nicht verslegt sind. Manche sprechen von einer Wiederkehr der Religion – weltweit, und es spricht viel dafür, dass diese Feststellung zutrifft.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das alles sind Herausforderungen natürlich auch an die Politik: Herausforderungen in einem doppelten Sinne.

Einerseits geht es um eine Herausforderung an die Politik im Sinne einer Gestaltungsaufgabe, die gelegentlich rasches und entschlossenes Handeln einfordert: von der Dienstleistungsrichtlinie über die Bioethik bis hin zur Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

(Beifall)

Diese Herausforderungen sind aber auch in einem anderen, in einem weiteren Sinne eine Aufgabe für die Politik, nämlich als Auftrag zur Selbstvergewisserung, als Anfrage auch an unser eigenes Selbstverständnis, als Auftrag, der ein gründliches und reifliches Nachdenken erfordert.

Schon diese Fragen, die ich am Anfang aufgeworfen habe, legen die Vermutung nahe, dass eben keine Gesellschaft ohne verbindliche Gemeinsamkeiten auskommt und dass es ein Irrtum war zu glauben, eine Gesellschaft erschöpfe sich im Kräfteressen und in der Mehrheitsfindung. Jede Gesellschaft braucht ein Leitbild, jede Gesellschaft braucht eine Leitkultur, wenn sie als die eine und gleiche Gesellschaft zusammengehalten werden soll.

(Beifall)

Dieses Leitbild, diese Leitkultur beschreibt das, was uns allen wichtig ist. Sie beschreibt das, was wir alle in unserer Gesellschaft für unverzichtbar halten. Kurz, sie beschreibt das, was uns so wertvoll ist, dass wir es um keinen Preis missen wollen.

In diesem Sinne hat jede Gesellschaft eine Leitkultur und braucht auch jede Gesellschaft eine Leitkultur. Im Mittelpunkt unserer Leitkultur steht ein Menschenbild: das christliche Menschenbild, das zugleich das europäische Menschenbild ist. Ich glaube in der Tat, dass man beide Begriffe synonym verwenden kann. Das christliche Menschenbild ist zugleich das europäische Menschenbild.

(Beifall)

Dieses Menschenbild, liebe Freundinnen und Freunde, beinhaltet eine einzige Kernaussage, nämlich die, dass jeder Mensch eine unantastbare Würde hat und dass diese Würde um jeden Preis zu schützen ist.

An diesem Bekenntnis zur Würde, das so selbstverständlich nicht ist, weder im Blick auf zurückliegende Jahrhunderte noch im Blick auf andere Kulturkreise heute, hängt alles. Dieses Bekenntnis zur Würde ist in der Tat so etwas wie der Dreh- und Angelpunkt eines Verständnisses von Politik, wie wir es uns von Anfang an zu Eigen gemacht haben. Jeder Mensch hat einen uneingeschränkten und unantastbaren Wert, ganz unabhängig von seinem Nutzen, den er für andere hat.

(Beifall)

Weil uns das vielleicht so selbstverständlich geworden ist, machen wir uns wenig klar, was für ein revolutionärer Gedanke das im Grunde ist, übrigens auch heute noch, im Vergleich zu anderen Kulturkreisen, auch im Vergleich zu anderen religiösen Bekenntnissen. Dass jeder Mensch seinen unantastbaren Wert hat, ganz unabhängig von dem Nutzen, den er für andere besitzt, das nennen wir Würde, am Anfang und am Ende des Lebens und in jeder erdenklichen Lebenslage.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Kernaussage über die menschliche Würde steht im Mittelpunkt unseres Leitbildes, unserer Leitkultur. Sie kann, von Europa kommend, aus vielen Quellen gespeist, in das christliche Menschenbild einmündend, gar nicht anders, als einen universellen Anspruch geltend zu machen. Das ist nicht Besserwisserei, und das ist auch nicht Bevormundung anderer. Denn dieser Satz von der unantastbaren Würde des Menschen ist eben nicht nur die Frucht einer religiösen Überzeugung, sondern zugleich auch das Ergebnis der Einsicht menschlicher Vernunft. Hier, so meine ich, liegt die wirkliche Einzigartigkeit des europäischen Denkens über die beiden Jahrtausende, in denen sich dieses Denken entwickelt hat, dass Glaube und Vernunft nicht miteinander im Streit liegen, sondern wechselseitig aufeinander verweisen und um ihre notwendige wechselseitige Zuordnung wissen. Das ist übrigens ein Gedanke, der von Joseph Ratzinger, dem heutigen Papst Benedikt XVI., gerade in den letzten Jahren bei vielfältigen Gelegenheiten immer wieder und ganz zu Recht entwickelt und erläutert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig und notwendig, dass wir unser Grundsatzprogramm auf die Höhe der Zeit bringen. Ich sage es noch einmal: nicht deshalb, weil unsere Grundlagen und unsere Grundsätze in den letzten anderthalb Jahrzehnten Schaden gelitten hätten – ganz im Gegenteil –, sondern um unsere Grundlagen und unsere Grundsätze im Blick auf die neuen Fragen, auf die neuen Herausforderungen zu diskutieren, zu erörtern und dann auch in einer geeigneten Form zur Anwendung zu bringen.

Grundsatzdiskussionen in Deutschland leiden gelegentlich – das wissen wir alle – darunter, dass sie zu sehr im Pathos der Sonntagsreden oder der Festveranstaltungen vorgetragen werden, aber dann zu selten erkennbar werden, wenn es um die Lösung von Alltagsproblemen geht. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir diese Programmdiskussion ganz besonders zur Klärung der Frage nach unserem Gesellschaftsbild nutzen. Ich habe eben ein paar Bemerkungen zu unserem Menschenbild gemacht. Dieses Menschenbild, wie ich es beschrieben habe, finden Sie in unserem aktuellen Grundsatzprogramm und in einer ausführlichen Ausarbeitung der Wertekommission. Dieses Menschenbild im Blick auf Schlussfolgerungen für unser Gesellschaftsbild zu befragen, danach zu fragen, welche Folgerungen sich aus diesem Menschenbild für die Ordnung und Gestaltung unserer Gesellschaft ergeben, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Aufgabe, von der ich glaube, dass wir uns ihr unterziehen müssen.

(Beifall)

Wenn wir uns dieser Aufgabe widmen, sollten wir vielleicht auch die Chance nutzen, die alten, überholten Kampflinien hinter uns zu lassen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir noch zu oft über falsche Alternativen diskutieren, so, als wenn die einen liberal dächten und die anderen sozial gesonnen wären, so, als wenn es einen Gegensatz zwischen konservativem und progressivem Denken gäbe, so, als wenn unsere Partei auseinander fallen würde in die einen, die wirtschaftsnäher organisiert sind, und die anderen, die arbeitnehmerfreundlicher denken. Ich halte das für falsche Alternativen.

Ich glaube, dass es heute um eine ganz andere und ganz neue Frage geht, nämlich um die Frage, wie wir wollen, dass Gesellschaft geordnet ist, anders gesagt, welche gemeinsamen Ziele wir in unserer Gesellschaft verfolgen wollen – Ziele, von denen wir glauben, dass sie unsere soziale, unsere politische und unsere ökonomische Ordnung prägen sollen: eine Ordnung, die diesen Zielen dienen muss, und Zielen, die sich nicht durch unsere Nähe zu dieser oder jener Interessengruppe bestimmen, sondern das beschreiben, was in unserer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Es geht um den gemeinsamen Fluchtpunkt unserer gesellschaftlichen Ordnung: eine Perspektive, die das beschreibt, was allen gemeinsam wichtig ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn der Begriff der Volkspartei seine Bedeutung behalten soll, dann müssen wir ihn, glaube ich, wieder so mit Leben füllen, wie er ganz am Anfang, als er ganz neu auf die politische Bühne getreten ist, verstanden wurde. Eine Volkspartei ist eine Partei, die über Gegensätze hinweg und über Interessen hinweg Brücken baut, die aber nicht nur Brücken baut, sondern auch den Ehrgeiz hat und in der Lage ist, das zu beschreiben, was in einer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Das ist übrigens die Kernidee sozialer Marktwirtschaft: Sie rückt das in den Mittelpunkt, was alle wollen können und was allen gemeinsam ist.

Darin sehe ich unsere Aufgabe, auch in der Diskussion der nächsten beiden Jahre, für die wir uns vorgenommen haben, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten, es anzupassen und auf diese neuen Fragen, von denen ich am Anfang gesprochen habe, auszurichten.

Nun weiß ich, dass es viele gibt, die Zweifel haben und fragen: Gibt es denn solche gemeinsamen Ziele in unserer Gesellschaft überhaupt noch, in einer Gesellschaft, die ohne jeden Zweifel eine säkularisierte Gesellschaft ist, eine Gesellschaft, die durch Pluralisierung und Individualisierung geprägt ist? Hat denn eine solche Gesellschaft überhaupt noch gemeinsame Ziele, hat sie überhaupt Gemeinsamkeiten, die in ihr als verlässliche Fixpunkte gelten können und gelten dürfen?

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich meine, gerade eine Gesellschaft, die den Freiheitsgewinn des Einzelnen so in den Mittelpunkt rückt, wie unsere Gesellschaft das tut - und Säkularisierung ist immer auch Freiheitsgewinn -, darf solche Fragen wie die nach dem Sinn und nach dem Wozu nicht einfach unter den Teppich kehren. Gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der das Lebensgefühl vieler Menschen darauf aus ist, neue Freiheitsgewinne für sich fruchtbar zu machen, brauchen wir Maßstäbe der Beurteilung. Und Maßstäbe der Beurteilung beispielsweise politischer Entscheidungen sind ja nicht nur Werte, sondern vor allem gemeinsame Ziele.

Das aber heißt zum Beispiel, dass gerade in einer säkularisierten Gesellschaft Religion eine unverzichtbare soziale und auch politische Bedeutung hat. Gerade in einer säkularisierten Gesellschaft ist nicht nur nach dem Eigenwert von Religion zu fragen, sondern immer wieder auch nach der sozialen und der politischen Bedeutung, die sie – die Religion – besitzt; denn Religion

berührt unser Selbstverständnis als Menschen existenziell und bezieht sich damit auf das, was allein eine freiheitliche Gesellschaft zusammenhält, nämlich ein gemeinsames Menschenbild.

(Belfall)

Ich glaube, dass der einzig verfügbare Fixpunkt für eine freiheitliche Gesellschaft ein gemeinsames, von möglichst vielen, von möglichst allen geteiltes Menschenbild ist. Dieses Menschenbild, das wir das christliche, das wir das europäische nennen, stellt aber keine Ausgrenzung dar; es ist vielmehr eine Einladung. Deswegen gilt, dass derjenige, der in unserer Kultur und unter Berufung auf unser Menschenbild Schutz sucht, diese Kultur weder in seinen inneren Überzeugungen noch in seinem äußeren Tun bekämpfen darf. Im Gegenteil: Wir müssen erwarten können, dass er sich diesem Menschenbild zuwendet und sich für die Kultur öffnet, die von diesem Menschenbild geprägt ist. In ihm findet jede freiheitliche Politik ihren Fluchtpunkt und ihren Maßstab.

(Belfall)

Liebe FreundInnen und Freunde, das hat weit reichende Folgen. Die will ich in ein paar Fragen kleiden. Ich möchte andeuten, wie die Folgen aus meiner Sicht zu beschreiben sind. Die Frage ist, was wir einem Menschen sagen, der in die Dauerarbeitslosigkeit gefallen ist und dem irgendwann bewusst wird, dass ihm eine Rückkehr ins Erwerbsleben möglicherweise nicht mehr offen steht, der das Gefühl hat, dass die Gesellschaft ihn nicht mehr braucht, der irgendwann glaubt, in dieser, in unserer Gesellschaft nutzlos zu sein. Ich meine, wir müssen uns selbst fragen, ob sich unsere Antwort auf diese Fragen darin erschöpft, dass wir ihn auf Hartz IV verweisen und ihm empfehlen, sich ehrenamtlich zu betätigen, wenn ein Arbeitsplatz für ihn in immer weitere Ferne rückt und eine Rückkehr ins Erwerbsleben nicht mehr möglich erscheint. Ich halte das, ganz offen gesagt, für keine zulängliche Antwort.

Wenn von Schlussfolgerungen aus diesem Menschenbild und aus der Kultur, die von diesem christlichen Menschenbild geprägt ist, die Rede ist, drängt sich natürlich die Frage auf, ob wir nicht ernsthaft nach Wegen suchen müssen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können. Viele bestreiten heute, dass es diese Wege gibt. Viele meinen, wir müssten uns auf lange Zeit, möglicherweise auf alle Ewigkeit mit vielen Millionen Arbeitslosen abfinden. Aber jemand, der dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist, kann sich damit nicht einfach abfinden. Er muss nach diesen Wegen suchen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können.

Er muss auch nach Wegen suchen, wie endlich Bildung und Ausbildung so ernst genommen werden, wie sie ernst genommen zu werden verdienen. Wenn es stimmt, dass Gerechtigkeit heute mehr denn je etwas anderes ist als Verteilungsgerechtigkeit – und ich denke, das stimmt –, dann ist die Schlüsselfrage für Beteiligungsgerechtigkeit im 21. Jahrhundert die Qualität von Bildung und Ausbildung. Müssen wir da nicht ein Bild von Gesellschaft entwerfen, in der jeder Mann und jede Frau wirklich gebraucht wird, in der niemand das Gefühl haben muss, nutzlos zu sein, sei es

als jüngerer, sei es als Älterer? Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes entwerfen wir ein Bild von Gesellschaft, in der jeder gebraucht wird, in der jeder weiß: Kein Mensch hat es verdient, abgeschrieben zu werden.

(Beifall)

Uns stellt sich die Aufgabe, auf dieses Bild hin den Weg zu beschreiben, der uns in kleineren und größeren Schritten diesem Ziel näher bringt. Das ist die Aufgabe nicht nur eines Wahlprogramms, sondern auch eines Grundsatzprogramms.

Liebe Freundinnen und Freunde, das christliche Menschenbild hat auch in der säkularisierten Gesellschaft nicht ausgedient. Im Augenblick nicht so sehr im Schwange, aber bis vor kurzem noch sehr beliebt war die These, dass in einer säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eigentlich keinen Platz mehr hat. Ich bin ganz anderer Meinung. Ich glaube, dass gerade in der säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eine herausragende Bedeutung besitzt, weil es eben nicht Hemmschuh, sondern vielmehr Antrieb für die Lösung der politischen Gestaltungsaufgaben im 21. Jahrhundert ist und bleibt. Gerade für die säkularisierte Gesellschaft hat das christliche Menschenbild eine unverzichtbare Bedeutung: als Maßstab für das, was der Politik eine Richtung gibt.

Die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, das ist eine spannende Diskussion. Und so sehr ich am Anfang gesagt habe, dass wir vieles in unserem gegenwärtigen Grundsatzprogramm überhaupt nicht auf den Prüfstand stellen müssen, geschweige denn über Bord gehen lassen dürfen, weil es von bleibender Gültigkeit ist, so sehr ergibt sich aus dieser Feststellung, dass das, was dann übrig bleibt, eben mehr ist als nur eine Korrektur an den Ornamenten dieses Programms. Es geht dann schon um zentrale, um entscheidende Fragen.

Das christliche Menschenbild ist der Kern unserer Leitkultur, und es ist nach meiner Einschätzung heute weit wichtiger als zu einer Zeit, in der alles selbstverständlich erschien. Übrigens sage ich das im Blick auf Erfahrungen, die wir alle in den zurückliegenden Monaten gemacht haben. Denn ein Menschenbild ist auch unverzichtbar, um der Politik eine innere Schlüssigkeit zu geben, eine Schlüssigkeit, die sie braucht, wenn sie nicht den Launen des Tages ausgeliefert sein will, und die sie genauso braucht, wenn sie sich den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen will.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage nach den Werten, die in diesen Tagen besonders oft gestellt wird, ist im Kern die Frage nach den Menschen. Dessen war sich die Union von Anfang an sicher, seit den ersten Tagen ihrer Gründung. Was das im Alltag bedeutet, von Mal zu Mal und immer wieder, das neu zu erörtern ist die Aufgabe, die wir uns, einer Anregung von Angela Merkel folgend, vornehmen wollen. Das wird eine spannende Aufgabe. Wir müssen

uns dieser Aufgabe zuwenden, damit Politik wieder verlässlich und verständlich ist. Ich freue mich auf diese Diskussion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall)

Günther Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Christoph Böhr, wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

**REDE DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,
BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Lieber Christoph Böhr! Liebe Freunde! Liebe Gäste! Lieber Christoph Böhr – das gilt natürlich auch für alle Mitglieder der Wertekommission, vielen Dank für deine Einführung, für deine Arbeit in den vergangenen Jahren, die uns immer wieder daran erinnert hat, dass Politik im Einzelfall, im konkreten Fall letztlich nur gestaltet werden kann, wenn wir über ein Fundament verfügen, das uns deutlich macht: Was leitet uns? Wo kommen wir her? Meine Damen und Herren, wir sind gemeinsam zu der Überzeugung gekommen, dass es notwendig ist, wieder über ein Grundsatzprogramm zu diskutieren, allerdings nicht mit dem Ziel, alles zu verwerfen, was wir früher programmatisch erarbeitet haben. Wir werden vielmehr bewahren, was bewahrt werden muss, was sich bewährt hat.

Wir sind zu der Überzeugung gekommen, unser Grundsatzprogramm von 1994 in weiten Teilen zu überarbeiten, weil wir feststellen mussten, dass wir auf eine ganze Reihe von Fragen keine schlüssigen Antworten haben. Wenn wir uns fragen, vor welchen Herausforderungen wir stehen und auf welchen Gebieten wir mit Fragestellungen konfrontiert werden – es ist frappierend, festzustellen, wie sich die Welt verändert hat, wenn wir uns das Grundsatzprogramm von 1994 einmal anschauen, können wir erstens konstatieren, dass wir vor völlig neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Zweitens wollen wir die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sichern. Wir fühlen aber, dass sich die Rahmenbedingungen durch die Globalisierung verändert haben und die Akzeptanz dessen, was uns über Jahre als Erfolgsmodell diente, nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie es über viele Jahre und Jahrzehnte der Fall war.

Ich möchte auf das Thema der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zuerst eingehen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges schien für eine ganz kurze Zeit die neue Demokratie eine Zeit des Friedens zu bringen. Die alten Bedrohungen aus der Zeit des Kalten Krieges wurden zur Vergangenheit. Glasnost und Perestroika verdrängten düstere Klischees. Die heutigen Herausforderungen können wir mit ganz wenigen Schlagworten skizzieren. So leugnet der iranische Präsident den Holocaust auf unsägliche Weise. Er will Israel von der Landkarte ausradieren. Ein Blick in das Grundsatzprogramm von 1994 zeigt uns, dass wir das Existenzrecht Israels damals in gar keiner Weise erwähnt haben. Ich glaube, darüber müssen wir angesichts der neu-

en Problemlage nachdenken, wenn wir uns dem außenpolitischen Teil zuwenden. Das kann so nicht sein.

(Beifall)

Wir wissen, dass der weltweite Terrorismus völlig neue Anforderungen an uns stellt. Innere und äußere Sicherheit sind längst nicht mehr so wie früher voneinander zu trennen. Der weltweite Terrorismus ist nicht eine Angelegenheit von Ländern, die weit weg von uns liegen. Auch Deutsche sind Opfer von Terrorismus geworden; ich denke hier etwa an die in Djerba ums Leben gekommenen Menschen. Wir wissen, dass die terroristische Bedrohung auch in Europa eine reale Bedrohung ist.

Wir wissen aber auch, dass wir zu komplizierten Diskussionen gelangen, wenn wir nach den Ursachen der Bedrohung fragen, wenn wir fragen, wie wir unsere offenen Gesellschaften schützen, und zwar so, dass diese trotzdem offen bleiben. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz in der letzten Woche hat gezeigt, mit welch komplizierten Zusammenhängen wir uns auseinander setzen müssen. Wir erleben plötzlich, dass Grundwerte wie z. B. die Pressefreiheit in ein Spannungsfeld ganz neuen und bisher nicht gekannten Ausmaßes z. B. mit der Religionsfreiheit geraten. Wir haben darüber im Zusammenhang mit christlichen Symbolen diskutiert, derzeit wird es anderswo aber auch in ganz anderem Zusammenhang diskutiert.

Mit Sicherheit ist der Satz, wonach Gewalt keine Antwort auf Karikaturen ist, unverrückbar. Das ist vollkommen klar.

(Beifall)

Ob wir aber allein mit dieser Antwort durchkommen oder ob wir nicht vielleicht ein bisschen mehr über die Gefühle anderer wissen müssen, werden wir zu besprechen haben. Wir werden dann sehr schnell zu der Frage kommen: Was wissen wir über uns, was wissen wir über andere? Erst dann ist ein Dialog möglich.

Ich will es an dieser Stelle mit diesen Anmerkungen bewenden lassen. Ich könnte jetzt noch vieles über die Europäische Union sagen, etwa über Fragen wie diese: Wie wollen wir dort die Zuständigkeiten regeln? Was ist unser Werteverständnis von Europa? Wohin wollen wir? Auch diese Fragen werden viele Debatten auslösen, zumal die Skepsis über Europa in einem Maße gewachsen ist, wie wir es in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union noch nicht erlebt haben. Wir erleben heute, dass es – obwohl es natürlich richtig bleibt – nicht mehr ausreicht, Europa einfach nur damit zu begründen, dass Europa ein Friedenswerk war. Das war es. Für die, die jetzt viele Jahrzehnte im Frieden leben, reicht es aber nicht aus, daraus alle Begründungen für die heutige Gestalt der Europäischen Union abzuleiten.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir es nicht schaffen, eine positive Begründung für die Europäische Union – und zwar in der Wahrnehmung der BürgerInnen und Bürger – zu finden, wird die Akzeptanz Europas nicht aufrechtzuerhalten sein. Zugleich bin ich der festen Überzeugung, wir werden uns in einer globalen Welt mit unseren Werten mit Sicherheit nicht behaupten können, wenn wir das als einzelne Nationalstaaten versuchen wollten. Dazu bedarf es des europäischen Zusammenschlusses.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt in unserer sehr intensiven Grundsatzprogrammdebatte wird die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sein. Meine Damen und Herren, die Soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte, insbesondere in der alten Bundesrepublik, Garant für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung. Sie ist nicht einfach ein Wirtschaftsmodell, sondern ein Gesellschaftsmodell. Sie hat den Menschen ein Stück Sicherheit gegeben. Diese Sicherheit ist heute nicht mehr in dem Maße wie zuvor vorhanden. Es gibt sehr viele Fragen und es gibt auch Ängste. Diese Ängste, die aus der Globalisierung erwachsen, können wir nicht irgendwie beiseite drücken. Wir können also nicht einfach sagen: Es ist in einer globalisierten Welt nun einmal so. – Vielmehr müssen wir uns mit diesen Ängsten befassen. Genauso müssen wir aber auch herausarbeiten, worin die Chancen der Globalisierung liegen.

Auch ein Land wie Deutschland, das immer vom wirtschaftlichen Export gelebt hat und das auch heute in der Europäischen Union nachweisbar von einer vertieften europäischen Zusammenarbeit profitiert, muss sich mit der Frage befassen: Wie kommen wir mit der Situation klar, dass die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, dass sie z. B. für 1 Million junge Menschen heute bedeutet, über viele Jahre nach dem Verlassen der Schule nicht die Erfahrung eines regulären Arbeitslebens mit all den gesellschaftlichen Möglichkeiten wie der Familiengründung oder eines regelmäßigen Lebensablaufes machen zu können?

Natürlich fragen die Menschen: Kann Politik angesichts der wirtschaftlichen globalen Abläufe überhaupt noch etwas gestalten? Wir werden mit der Diskussion über das Grundsatzprogramm den Beweis liefern müssen, dass wir ein Konzept dafür haben, mit dem die Soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung in einem anderen institutionellen Rahmen – nämlich einem globalen Rahmen – eine Chance hat. Meine Damen und Herren, ich habe deshalb immer wieder – dafür wurde ich nicht immer geliebt – von der neuen Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Ich habe diesen Begriff nicht deshalb verwendet, um die Werte der Sozialen Marktwirtschaft aufzugeben. Ich habe ihn einzig und allein verwendet, um darauf hinzuweisen, dass der Rahmen, in dem Ludwig Erhard gedacht hat und denken musste, ein anderer war als der Rahmen, in dem wir heute denken müssen.

(Beifall)

Wir gelangen dann an einen Punkt, an dem sich außen- und entwicklungspolitisches Denken und das Nachdenken über die Soziale Marktwirtschaft treffen. Über viele Jahre haben wir Entwicklungshilfepolitik betrieben und uns für Freiheit und Menschenrechte in vielen Bereichen der Welt eingesetzt. Heute sind einige der Akteure, denen wir früher geholfen haben, unsere Wettbewerber geworden. Nun kommen wir natürlich an den Punkt, an dem wir uns fragen müssen: Entspricht es unserem christlichen Menschenbild, wenn wir für uns natürlich alles an positiver Entwicklung für Wohlstand und Sicherheit in Anspruch nehmen wollen und uns gleichzeitig heute erst einmal auf uns selbst konzentrieren wollen, aber nicht so recht mit viel Konkurrenz, Wettbewerb, Mitbewerbern umzugehen wissen? Oder schaffen wir es zu sagen: Diese neue Konkurrenz ist doch genau das, was wir wollen? Wir wollten doch nicht nur uns, sondern auch anderen gute Lebensmöglichkeiten geben.

Wir werden mit Sicherheit zu der Erfahrung kommen – das ist auch nichts Neues in dem Prozess des Nachdenkens über die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland –, dass Wettbewerb auch heute eines Ordnungsrahmens bedarf. Es wird nicht gehen, dass man das geistige Eigentum weltweit einfach nicht schützt, dass jeder Raubbau an dem betreiben kann, was z. B. unsere Stärke in Deutschland ist, nämlich innovativ zu sein. Wenn weltweit keine rechtlichen Regelungen gefunden werden, um geistiges Eigentum zu schützen, dann steht das für mich nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb werden auch wir für einen Ordnungsrahmen eintreten müssen, der erkennen lässt, wie mit der gewachsenen internationalen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft umgegangen wird und wo sie dort eines Ordnungsrahmens bedarf. Die Europäische Union und damit auch wir in Deutschland müssen Vorreiter für eine internationale Ordnung sein, angesichts derer wir deutlich machen können, dass es gerecht zugeht und jeder die gleichen Chancen auf Entwicklung hat. Das wird viel Arbeit und viel Kraft erfordern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch unsere Prioritätenlisten werden Änderungen erfahren. Ich stelle mir vor, dass eine Diskussion über unser Grundsatzprogramm nicht mit einem Sammelsurium dessen endet, was man alles tun müsste. Wir müssen uns vielmehr miteinander auch darüber verständigen, was am wichtigsten ist. Wir verschwenden heute für vergleichsweise nachgeordnete Dinge relativ viel Zeit, manchmal vielleicht auch deshalb, weil wir Angst davor haben, welche großen und noch nicht durchdachten Fragen wir durchdenken müssen. Die Beschäftigung mit nicht vorrangigen Dingen darf aber kein Ersatz dafür sein, dass wir auf die eigentlich bedrängenden Fragen keine Antwort haben.

(Beifall)

Die 27. Novelle zu irgendeiner Verordnung muss vielleicht ein Stück schneller erarbeitet werden, damit noch Zeit dafür vorhanden ist, um z. B. über einen internationalen Ordnungsrahmen

nachzudenken, der letztlich darüber entscheidet, ob Millionen von Menschen in Deutschland und im Übrigen auch anderswo eine Chance haben.

(Beifall)

Das vorletzte Grundsatzprogramm reichte von 1978 bis 1994. In diesen Zeitraum fiel die deutsche Einheit. Jetzt haben wir schon einen Zeitabstand von gut elf Jahren erreicht. Ich plädiere hier nicht dafür, dass das nächste Grundsatzprogramm nach dem Abschluss unseres jetzigen Prozesses im Jahre 2007 dann schon nach weiteren fünf Jahren kommen muss. Wir erleben im Übrigen auch, dass ein echtes historisches Ereignis, wie es die deutsche Einheit war, nicht sofort für die Erstellung eines auf lange Zeit angelegten Grundsatzprogramms erfasst werden kann. Damals waren wir voll auf die deutsche Einheit konzentriert. Sie war die Erfüllung christlich-demokratischen Gedankenguts. Damals konnten wir aber noch nicht so klar sehen, dass das Ende des Kalten Krieges nicht nur für uns Deutsche einfach die deutsche Einheit gebracht hat, sondern dass dies zu einer umfassenden Zeitenwende welt über Europa hinaus führen würde. Diese Veränderung war möglich geworden durch ökonomische und technologische Veränderungen wie das Internet und den freien Austausch von Informationen. Das war nach meiner festen Überzeugung eine qualitativ neue Stufe unseres Lebens in Deutschland, Europa und der Welt. Das, was sich Ende der 80er-Jahre ereignet hat, können wir heute in einem breiteren Kontext sehen als damals. Das heißt nicht, dass das, was wir über die deutsche Einheit gesagt haben, falsch ist. Es heißt im Übrigen auch nicht, dass die deutsche Einheit schon vollendet ist. Auch diesbezüglich dauern Entwicklungen länger, als wir es uns vorgestellt haben. Wir können heute aber auch sagen – das sollte uns manchmal etwas Mut geben, wenn wir über uns und unsere Erfolge sprechen –: Außerhalb Deutschlands schaut man auf das, was wir im Rahmen der deutschen Einheit geschafft haben, mit größtem Respekt. Viele fragen: Wie konntet ihr das schaffen, aus unterschiedlichen historischen Zusammenhängen kommend, in Ostdeutschland und Westdeutschland im Kalten Krieg auf der einen Seite und auf der anderen Seite lebend? Sicherlich wird manchmal auch nicht gesehen, wie viele enge Beziehungen es zwischen den beiden Deutschlands gab. Für viele ist das deutsche Beispiel eine Hoffnung, dass diejenigen, die heute noch auf der Schattenseite leben, auch den Sprung hin zu mehr Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Auch das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen.

Aber natürlich müssen wir auch selber bestehen können und dazu folgende Fragen beantworten: Was muss bewahrt werden? Was muss erneuert werden? Goethe hat so schön gesagt: Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen. – Er hat nicht gesagt „nimm es“, sondern „erwirb es“. Das heißt: Tu etwas dafür! Darüber müssen wir reden: Was muss von dem, was wir ererbt haben, wieder erworben werden und was muss neu gedacht werden?

Für die Christlich Demokratische Union sind die Grundüberzeugungen klar. Diese Überzeugungen sind für mich unverrückbar. Unsere Union hat christlich-soziale, liberale und konservative

Wurzeln. Maßstab – das hat Christoph Böhr eben dargestellt – ist und bleibt das christliche Menschenbild. Es setzt der Politik Ziele, es setzt ihr vor allen Dingen aber auch Grenzen. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Der Mensch hat vielmehr den Auftrag, die Welt nach menschlichem Maß zu gestalten. Das christliche Menschenbild ist eine Absage an jedwede Ideologie. Es beinhaltet eine sehr reale Betrachtung der Welt, eine Betrachtung auch in Demut vor den Endlichkeiten des Menschen. Es beinhaltet vor allen Dingen, dass nach unserem Verständnis jeder Mensch von Gott gewollt ist, und zwar in all seiner Unterschiedlichkeit. Es ist mit Sicherheit nicht gottgewollt, Menschen durch politisches Handeln gleichzumachen. Vielmehr ist es Aufgabe politischen Handelns, Menschen sich entfalten zu lassen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben uns viele Jahre intensiv mit der Frage nach dem Anfang des Lebens auseinander gesetzt. Das wird auch so bleiben. Nun ist in einer nicht gekannten Dimension auch die Frage nach dem Ende des Lebens hinzugetreten. Es geht dabei um die Tatsache, dass der Tod Teil des menschlichen Lebens ist und dass er nicht verdrängt werden darf. Hinzuge treten sind auch die Fragestellungen, die sich aus der Bioethik und den durch sie eröffneten völlig neuen Möglichkeiten ergeben. Diese Diskussion haben wir noch nicht bis zu Ende geführt. In dieser Diskussion werden zum Teil auch sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Dies stellen wir fest, wenn wir Betroffene treffen oder diejenigen, die darüber richten. Selbst unter denen, die Krankheiten haben und auf Heilung hoffen, gibt es sehr unterschiedliche Positionen hinsichtlich dessen, wie man hier Grenzen zieht. Die CDU wird aber als Partei – auch das wird mühsam werden; ich finde, wir sollten dabei alle Stimmen zu Wort kommen lassen und nicht untereinander schon wieder mit Bezichtigungen arbeiten, bevor wir mit der Diskussion überhaupt begonnen haben – für ihre Mitglieder, für ihre Anhänger und für alle Bürgerinnen und Bürger sagen müssen, was wir wollen und wohin wir wollen. An manchen Stellen gibt es dann keine Grauzone, sondern es gibt nur Ja oder Nein. Dies wird dann abgestimmt werden müssen. Dazu müssen wir uns positionieren.

(Anhaltender Beifall)

Das heißt, mit einem hohlen Bekenntnis zum christlichen Menschenbild kämen wir nicht durch. Dieses Bekenntnis muss vielmehr ausgefüllt werden. Wenn es ausgefüllt wird, kommen wir zu unserem Verständnis von den Grundwerten.

Es ist ja interessant, dass es in Deutschland keine Debatte darüber gibt, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit unsere Grundwerte sind. Das eint uns z. B. auch mit der anderen großen Volkspartei. Es ist aber klar, dass diese Grundwerte miteinander in einem Spannungsverhältnis stehen. Deshalb ist das Verständnis dieser Grundwerte zwischen den beiden großen Volksparteien mit Sicherheit nicht dasselbe. Ich sage zugleich aber, dass auch wir Bedarf an Diskussion über das Verständnis der Grundwerte haben.

Ich glaube, der umstrittenste Grundwert – so nehme ich jedenfalls manche Debatte wahr – ist im Augenblick der Wert der Freiheit. Die deutsche Einheit im Jahre 1989 war der Sieg der Freiheit über die Diktatur. Nun stellt man plötzlich fest, dass das Leben mit der Freiheit ein Verständnis von Freiheit beinhaltet. Freiheit ist nicht einfach das Gegenteil von Unfreiheit. Unfreiheit kann man relativ einfach beschreiben. Was aber verstehen wir unter Freiheit? Wenn wir an Freiheit gedacht haben, haben wir immer – so wurde es heute auch schon gesagt – an das Bild von verantworteter Freiheit gedacht. Das muss so bleiben. Dieses Bild beschreibt die Freiheit für etwas und nicht das, was viel einfacher ist, nämlich die Freiheit von etwas, also die Freiheit, etwas nicht zu tun. Über dieses Verständnis von Freiheit müssen wir intensiv diskutieren. Freiheit und Bindung sind nach unserem Verständnis zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das ergibt sich im Übrigen aus dem christlichen Menschenbild. Ein im luftleeren Raum stehender Freiheitsbegriff ohne den Bezug auf das christliche Menschenbild kann zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Das ist nicht unser Verständnis von Freiheit. Das müssen wir deutlich machen. Mir geht die öffentliche Debatte teilweise zu sehr in die Richtung, Freiheit sei einfach Beliebigkeit; jeder könne tun und lassen, was er wolle. Das ist niemals der Freiheitsbegriff der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man nach den Ordnungsprinzipien unseres Freiheitsverständnisses fragt, gelangt man immer wieder zu dem Begriff Subsidiarität, der bis heute leider keine allgemeine Verbreitung unter den 80 Millionen Deutschen gefunden hat. Das ist schade, weil das Prinzip der Subsidiarität sehr viel darüber aussagt, was wir im Rahmen des christlichen Menschenbildes dem Einzelnen zutrauen. Wir sagen, dass Freiheit etwas mit Verantwortung – Verantwortung für mich, Verantwortung für meinen Gegenüber – zu tun hat, aber wir sagen auch, dass das nicht reicht. Bestimmte Entscheidungen müssen immer wieder auf verschiedenen Ebenen getroffen werden. Es gibt dabei aber eine Regel: Wenn eine Entscheidung näher am Menschen, auf der unteren Ebene getroffen werden kann, darf sich die obere Ebene nicht einmischen. Das Gegenteil von Subsidiarität ist Zentralismus. Dass dies im konkreten Fall zu präzisen Fragestellungen führt, ist natürlich klar. Wenn ich mit DGB-Chef Sommer über betriebliche Bündnisse für Arbeit debattiere, sage ich: Subsidiarität führt mich dazu, dass solche Bündnisse möglich sein müssen. Herr Sommer erwidert dann: Wir sind jetzt genau an dem Punkt, an dem verantwortete Freiheit nicht mehr gelebt werden kann, weil nur die Ebene darüber die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich sichern kann. – Die Debatte wird weitergehen. Die Fragen werden wiederum nicht einfach beantwortet werden können. Wir werden vielmehr Farbe bekennen müssen. Je nachdem, wie das jeweilige Freiheitsverständnis ist, ergeben sich Auswirkungen auf die Wechselbeziehungen zu den anderen Grundwerten, z. B. zum Grundwert der Gerechtigkeit.

Eine zweite Frage, die mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, führt uns dazu zu klären, wie wir über Wettbewerb denken. Ist Wettbewerb etwas Schlechtes? Wo muss dem Wettbewerb

Einhalt geboten werden? Wo muss darauf hingewirkt werden, dass Wettbewerb überhaupt noch möglich ist? Es gibt ja beide Tendenzen, entweder die Wahrnehmung eines unmenschlichen, harten Wettbewerbs oder umgekehrt Monopolisierungen, gegen die ebenfalls eingeschritten werden muss.

Wettbewerb gilt nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Der Gedanke des Wettbewerbs verbunden mit dem christlichen Menschenbild ist ein grundsätzlich sehr interessanter Gedanke. Die Marktwirtschaft – über den sozialen Ausgleich habe ich noch gar nicht gesprochen – ist eine großartige Errungenschaft, weil aufgrund der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen jeder Mensch das gleiche Recht hat, mit einem anderen Menschen in Wettbewerb zu treten. So hat er z. B. das Recht, Produkte zu produzieren, sie auf dem Markt anzubieten und zu den gleichen Bedingungen zu verkaufen. Wenn wir einmal an die antiken Gesellschaften denken, stellen wir fest, dass es keinesfalls klar war, dass alle Menschen den gleichen Zugang zum Markt hatten. Dieser Zugang ist also ein Gut an sich.

Wettbewerb ist aber nicht nur wirtschaftlich zu sehen. Ich glaube, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren einen sehr interessanten Prozess durchlaufen. Wir haben uns z. B. im Bildungsbereich für mehr Wettbewerb entschieden. Das war eine spannende Diskussion, die ohne die Christlich Demokratische Union zu völlig anderen Ergebnissen geführt hätte. Die Bundesregierung hätte zehn Eliteuniversitäten ausgesucht und hinterher nur noch eine Art Pro-forma-Begutachtung vorgenommen. Jetzt hat der Wettstreit der Ministerpräsidenten – er wurde von den Wissenschaftsorganisationen nicht immer mit Beifall bedacht – zu einem Verfahren für Wettbewerb nach Leistung geführt. Bei diesem Verfahren kommt nun plötzlich heraus, dass alle, die eigentlich glaubten, sie seien im Prinzip gleich, doch nicht gleich sind. Jetzt gibt es ein großes Erschrecken. Es wird gesagt, das sei eine Bevorzugung des Südens. Es ist jedoch keine Bevorzugung des Südens, sondern erst einmal nur eine Bewahrheitung der Vermutung, dass diejenigen, die sich nach dem Humboldtschen Universitätsprinzip alle gleich fühlten, nicht alle gleich sind.

Jetzt kommen wir an den Punkt, wo wir überlegen müssen, ob wir es zulassen können, dass die Spanne zwischen Süden und Norden sowie Osten und Westen immer größer wird. Dieses Problem wird aber natürlich nicht dadurch aufgelöst, indem es zugedeckt wird und die Dinge gar nicht benannt werden. Das Problem kann vielmehr nur gelöst werden, wenn es genau angeschaut wird.

Genauso werden wir über den Wettbewerbsföderalismus weiter streiten. Das haben wir bei der Föderalismusreform gerade erlebt. Vielleicht wird der Streit sich sogar noch verschärfen. Was kann ein Land allein? Welche Freiheiten brauchen die Länder? Wo muss die Bundesebene eingreifen? Das Schlimmste ist – so viel haben wir allerdings gelernt –, wenn man diese Fragen gar nicht beantwortet. Wenn man alles im Dunkeln lässt, glauben die Menschen zum Schluss an gar nichts mehr. Deshalb ist das klare Bekenntnis zu Kompetenzen auch ein Teil des Wettbewerbs.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Freiheit sprechen, denken wir an die Freiheit für etwas, z. B. für mehr Arbeit. Es ist hier heute schon gesagt worden – ich will es nicht im Einzelnen wiederholen: Wir können und dürfen uns, falls wir für eine Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft eintreten, mit 5 Millionen Arbeitslosen nicht abfinden. Wir können uns auch nicht damit abfinden, dass jeder Zweite im Alter von über 55 Jahren keinen Arbeitsplatz mehr hat, und gleichzeitig mit freudigen Augen erklären, dass die Lebenserwartung immer höher wird und die Älteren immer fitter sind. Es gab wahrscheinlich noch nie eine Gesellschaft in Deutschland, die die Erfahrung – und Erfahrung ist ein Wert – von Älteren so an den Rand der Gesellschaft stellt und so wenig abrufte, wie es derzeit der Fall ist. Das kann für eine langfristige nachhaltige Entwicklung nicht gut gehen. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt umdenken.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir über neue Gerechtigkeit sprechen, hat das auch etwas damit zu tun, dass die Lobby verschiedener Gruppen in unserer Gesellschaft unterschiedlich stark ist. Die Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist immer noch eine stärkere als die Lobby derer, die arbeitslos sind. Es kann nicht sein, dass die einen relativ gut vertreten werden und die anderen sozusagen in die vergleichsweise anonyme Verantwortung des Staates gepackt werden und gesagt wird, das diese uns nicht interessieren. Jeder Mensch hat seine eine unveräußerliche Würde. Das gilt für Arbeitslose und Erwerbstätige gleichermaßen. Weil das so ist, können und dürfen wir uns mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden.

(Beifall)

Freiheit für Arbeit ist nach unserem Verständnis der sozialen Marktwirtschaft untrennbar mit der Freiheit, etwas unternehmen zu können, verbunden. Unternehmer sind Menschen, die sich in das Risiko begeben, ein Produkt zu ersinnen, für das sie Kunden finden müssen. Das ist natürlich ein großes Risiko. Ich selber war nie Unternehmerin. Manchmal überlege ich mir, wo ich eigentlich anfangen würde, wenn ich Unternehmerin werden wollte oder müsste. Dann wird mir bewusst, mit welchem Risiko Unternehmer leben und welche ständige Veränderungsnotwendigkeit es gibt. In Zeiten, in denen die Innovationszyklen immer kürzer werden, wird von den Unternehmern natürlich erwartet, dass sie beizelten Entscheidungen fällen. Es wird im Übrigen auch Konfliktfähigkeit erwartet. Vielleicht ist es eines der Probleme Deutschlands, dass manche durchgreifende Entscheidung wegen eines vermeintlich vorher schnell gefundenen Konsenses am Ende schließlich zu spät getroffen wurde und es so zu viel, viel schlimmeren Auswirkungen gekommen ist, als sie sich ergeben hätten, wenn die Entscheidung zu einem früheren Zeitpunkt getroffen worden wäre. Denn Konsens ist auch kein Wert an sich, wenn es um die Zukunft von Arbeit geht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zur verantworteten Freiheit gehört natürlich auch die Freiheit zu Familie und zu Kindern. Die CDU ist immer Anwalt der Wahlfreiheit gewesen. Mit Blick auf eine nicht überwältigende Geldsumme von vermuteten 460 Millionen Euro an geringeren Steuereinnahmen des Bundesfinanzministers – gemessen an dem, was alles schon an falschen Prognosen abgegeben wurde, ist das eine wirklich überschaubare Größe – sind wir wieder in eine Grundsatzdebatte über die Wahlfreiheit geraten. Diese Grundsatzdebatte wird, so schwant mir, fortgesetzt werden. Es ist auch gut, dass sie fortgesetzt wird, weil es dazu innerhalb der Gesellschaft sehr unterschiedliche Betrachtungen gibt. Einigermäßen einheitlich urteilen alle darüber, dass unsere Gesellschaft nicht ausreichend kinderfreundlich ist. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir in die Geschichte der Menschheit als eine Gesellschaft eingehen wollen, die menschlich ist, dann muss sich zur Freundlichkeit Kindern gegenüber etwas ändern.

(Beifall)

Es reicht nicht aus, dass man mit Produkten erfolgreich war; es muss etwas für Kinder passieren.

(Beifall)

Aber dann stoßen die Dinge schon aufeinander. Es entbrennt der Streit, wo die Grenze zwischen Toleranz und Wahlfreiheit ist und welche konkreten politischen Maßnahmen wir brauchen. Heute habe ich in diesem Zusammenhang nur eine Bitte: Vermuten Sie beim Gegenüber nicht immer das Schlimmste.

(Heiterkeit und Beifall)

Manchmal habe ich den Eindruck: Diese Debatte wird mit großen Emotionen geführt, weil die allermeisten ja auch etwas von ihr verstehen, und dann zieht sich manch einer still aus ihr zurück und sagt: Ich lebe jetzt einfach einmal mein Leben und kümmere mich ordentlich um meine Kinder. Das darf auch nicht das Ende sein! Denn jeder hat gute Gründe einzubringen, warum er die Dinge so oder so sieht. Deshalb mache ich dazu heute keine weiteren konkreten Bemerkungen. Spätestens beim Elterngeld wird uns die Sache wieder einholen.

Meine Damen und Herren, Freiheit gibt es mit Sicherheit nicht – und damit komme ich zum nächsten Begriff –, wenn nicht jedem Teilhabechancen eingeräumt werden. Wer keine Teilhabechancen hat, kann seine Freiheit überhaupt nicht leben. Deshalb ist die Gerechtigkeit ein weiterer Grundwert. Was ist gerecht? Über Gerechtigkeit sagen viele: Es ist heute halt so, dass in Deutschland die soziale Herkunft der Eltern, jedenfalls im statistischen Mittel, den Bildungserfolg der Kinder bestimmt. Ich glaube nicht, dass das gerecht ist, jedenfalls nicht, wenn wir über gleiche Ausgangschancen und Teilhabechancen reden.

Die Frage ist: Was müssen wir bewahren, und was müssen wir verändern? Nehmen wir die Ergebnisse der Industriegesellschaft, die Sozialversicherung, die Mitbestimmung, die Betriebs-

verfassung, die Tarifautonomie. Natürlich verändern sich die Dinge in einer Welt, in der wir von einer Industriegesellschaft zu einer Wissensgesellschaft, zu einer Dienstleistungsgesellschaft übergehen. 50 Jahre Erfolge der Arbeitnehmerschaft haben dazu geführt, dass der einzelne Arbeitnehmer so gebildet ist, wie er am Anfang der Bundesrepublik Deutschland natürlich nicht sein konnte. Auf der anderen Seite fühlt er sich aber durch den internationalen Wettbewerb so ohnmächtig, wie er sich vorher vielleicht auch nie gefühlt hat. Das sind zwei Dinge, die wieder in eine Balance gebracht werden müssen.

Das Empfinden, dass die Soziale Marktwirtschaft gerecht ist, war für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung ein großes Pfund. Wir müssen uns jedoch damit auseinandersetzen, dass es heute nur noch eine Minderheit gibt, die das so sieht. Das Misstrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Nur noch eine Minderheit empfindet die Soziale Marktwirtschaft als gerecht. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird aus meiner Sicht auf Dauer nicht überleben, wenn nicht wieder ein breites Empfinden von Gerechtigkeit hergestellt wird.

Die Soziale Marktwirtschaft war seinerzeit als gerecht empfunden worden, weil man den Eindruck hatte, Kapital und Arbeit mit ihrem immanenten Widerspruch seien in eine vernünftige Balance gebracht worden. Diese Balance ist durch die internationalen Herausforderungen aus dem Lot geraten. Es gibt heute Gewinne und Renditen, für die viele kein Verständnis haben, weil sie gleichzeitig ihren Arbeitsplatz verlieren. Früher ging es, wenn es einem Betrieb gut ging, auch dem Arbeitnehmer gut. Das ist heute leider so nicht mehr wahr. Deshalb werden wir darüber reden müssen, was gerecht ist, welche Situationen im Leben einer Gesellschaft vertretbar sind und wer wofür eintreten muss? Wir haben scharfe Debatten über unsere sozialen Sicherungssysteme geführt, und ich sage an dieser Stelle ganz ruhig: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft aufrechterhalten werden können, wenn wir nur im Rahmen von Beitragsbemessungsgrenzen und Versicherungspflichtgrenzen argumentieren. Es wird in unserer Gesellschaft Bereiche geben, in denen Gerechtigkeit und Solidarität nur gelebt werden können, wenn jeder mit seinem ganzen Einkommen dafür einsteht, spricht: über das Steuersystem.

(Beifall)

Wir werden dann darüber nachdenken müssen, dass es für uns auf der einen Seite ganz selbstverständlich ist, wenn die Schulbildung aus dem Steuersäckel bezahlt wird, die Infrastruktur und ihr Ausbau ebenso. Wie aber ist es mit der Gesundheit? Sie ist doch vielleicht das Gut, für das der Einzelne ganz allein am allerwenigsten eintreten kann, abgesehen von denen, die wirklich viel verdienen. Warum also ausgerechnet die Gesundheit nicht über dieses solidarische Prinzip finanziert werden kann, das wird – das prognostiziere ich einfach – in 20 Jahren kein Thema mehr sein, und dann bin ich zufrieden. Aber bis dahin haben wir noch einen weiten Weg, das weiß ich.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Chancengerechtigkeit, wir brauchen Leistungsgerechtigkeit, und wir brauchen Generationengerechtigkeit. Über Generationengerechtigkeit zu reden, das wird vielleicht einer der schwierigsten Punkte sein, denn die Mehrheitsverhältnisse – allein wenn ich mir das Alter der Mitgliedschaft der Christlich Demokratischen Union anschau – gestalten sich relativ eindeutig zugunsten der Älteren. Das muss nicht schlecht sein. Wenn wir aber Volkspartei und generationengerecht sein wollen, müssen wir entweder mehr Junge Leute überzeugen, bei uns Mitglied zu werden, oder wir müssen lernen, für die Jüngeren mitzudenken. Das gelingt bei denen, die Kinder und Enkel haben, immer noch recht gut. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft bringt uns aber in den nächsten 10 bis 20 Jahren in eine Lage, wo immer weniger da sein werden, die das wirklich in der eigenen Familie erleben.

Daraus wird eine große Aufgabe für uns alle erwachsen. Denn Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur die – auch wirklich wichtigen – Themen der Rentenhöhe und der Staatsverschuldung, sondern auch die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Wir müssen sehen, dass Gesellschaften, die ein Übergewicht des höheren Alters haben – ich sage das ganz neutral –, Gesellschaften mit viel Erfahrung sind, aber eher weniger Innovationskraft. Auch das muss in eine Balance gebracht werden. So wie wir heute die Erfahrung der Älteren nicht ausreichend achten, achten wir meiner Meinung nach auch nicht ausreichend darauf, dass die Innovationskraft der Jungen wirklich zum Durchbruch kommt.

(Beifall)

Das wird ein Problem nicht nur Deutschlands, sondern Europas, daran wird sich der Erfolg unserer Gesellschaften entscheiden.

Nun, meine Damen und Herren, zur Solidarität. Freiheit und Solidarität, das sind für uns nicht unüberwindbare Gegensätze, weil wir aus verantworteter Freiheit denken, weil wir aus der Freiheit zu etwas denken. Der Philosoph Blaise Pascal hat auf eine meines Erachtens wunderbare und doch fast paradoxe Weise formuliert, dass der Mensch den Menschen unendlich übersteigt. Das heißt, dass wir die Fähigkeit besitzen, aus der Ichbezogenheit in die Gemeinschaft hinein zu denken. Es ist hier über die Leitkultur gesprochen worden. Wir wissen, dass das Gemeinsame, das Gesamte, dass Europa und unsere eigene Nation immer auch ein Denken über den Einzelnen hinaus erfordern. Wir müssen ein Land bleiben, in dem Solidarität ohne die Frage nach dem materiellen Vorteil gelebt wird. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine völlige Materialisierung geraten; denn damit hätten wir keine Fähigkeit zur Solidarität mehr.

Die Fähigkeit zur Solidarität ist vielleicht eine der wichtigsten patriotischen Fähigkeiten. Wir wollen ja über Patriotismus diskutieren. Wir tun es auf ganz unterschiedliche Art. Die Leitkulturdebatte ist ein Beitrag dazu. Der unbedingte Wille, dass Solidarität nicht irgendein nachgeordneter Grundwert ist, sondern einer, der mit Freiheit und Gerechtigkeit auf einer Ebene steht, ist die Voraussetzung für den Zusammenhalt zum Beispiel einer Nation. Das ist meine feste

Überzeugung. Wenn das nicht mehr da ist, wenn Nord gegen Süd steht, Ost gegen West, wenn die eine Kommune gegen die andere steht und das zum ausschließlichen oder auch nur dominierenden Prinzip wird, dann gibt es keinen nationalen Zusammenhalt. Deswegen, meine Damen und Herren, gewinnt die Solidarität an Bedeutung.

(Beifall)

Es wird unsere Aufgabe sein, für Deutschland herauszuarbeiten, was für ein Land wir uns vorstellen: ein Land, das kreativ ist, ein Land, das seine Verantwortung in der Welt übernimmt, ein Land, das seinen Beitrag zur Stabilität in der Welt leistet, zum einen – das sage ich ganz klar – aus eigenem Interesse, denn den Konflikten dieser Erde werden wir nicht entgehen können. Der Karikaturenstreit hat uns viel gelehrt, etwa dass es heute eben nicht mehr den eigenen Raum gibt, in dem wir abgeschottet von anderen unsere eigenen kulturellen Vorlieben pflegen können. Wir sind nicht allein auf dieser Welt, und diesen Zustand können wir in absehbaren Zeiträumen auch nicht mehr erreichen.

Also müssen wir schauen, wie wir unser Land im 21. Jahrhundert weiterentwickeln, und wir müssen dabei das herauskristallisieren, was wir auf keinen Fall aufgeben wollen. Denn auch das ist ein Defizit, das ich manchmal im Dialog der Kulturen sehe: Wenn wir mit anderen sprechen, tun wir das nicht mit ausreichendem Selbstbewusstsein, weil wir nicht abschließend sagen, wofür wir denn wirklich eintreten würden.

(Beifall)

Es gibt Dinge, die unstrittig sind. Unstrittig ist z. B., dass die Integration zu befördern ist und wir eine gemeinsame Sprache haben. Wenn es aber darum geht, wie wir es mit dem Wert der Freiheit halten, wie viel wir für die Solidarität tun, wie wichtig uns unsere Auffassung von Gerechtigkeit ist, dann wird es schon schwieriger. Ich sage im Übrigen, dass es uns gut tun würde – auch das sollten wir im Rahmen der Debatte über das Grundsatzprogramm bedenken –, wenn wir mit Menschen aus anderen Regionen dieser Erde über unsere Grundwerte sprechen. Schon eine Debatte mit den Vertretern der orthodoxen Kirche Russlands ist sehr aufschlussreich. Wir, die wir meinen, dass unsere Grundwerte unverrückbar seien, sollten uns durchaus einmal von anderen den Spiegel vorhalten lassen. Denn es ist nicht so, dass alle außerhalb Deutschlands finden, dass es bei uns besonders gerecht und solidarisch zugeht. Unsere Freiheit ist für Menschen aus anderen Ländern, wie sie uns wahrnehmen – ich sage nicht, dass das richtig ist; ich stelle nur dar, wie die Wahrnehmung ist –, nicht die Freiheit aus Verantwortung und die Freiheit zu etwas, sondern eine sehr individualistisch ausgebildete Freiheit. Das heißt, es wird der Christlich Demokratischen Union nicht schaden, wenn sie sich in Zeiten der Globalisierung auch einmal die Meinung anderer über unser Leben anhört.

(Beifall)

Da ich zutiefst davon überzeugt bin, dass unsere Wurzeln im christlichen Menschenbild fundiert und richtig sind, bin ich ebenso überzeugt, dass wir in jeder dieser Diskussionen bestehen können und im Übrigen aus jeder dieser Diskussionen etwas lernen, etwas gewinnen können. Weil das so ist, freue ich mich auf die Zeit der Debatte über das Grundsatzprogramm.

Meine Bitte ist: Lasst uns, da wir Mitglieder einer Partei sind, so weit gut übereinander denken, dass wir den anderen nun wirklich nicht als völligen Unsinn redenden Kumpanen definieren, sondern lasst uns überlegen, ob in seinen Argumenten nicht zumindest ein Fünkchen Wahrheit enthalten sein könnte. Es wäre schön, wenn das der Geist wäre, in dem die Grundsatzprogrammdebatte stattfindet. Denn stattfinden muss sie. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich sicherlich in Ihrer aller Namen dafür bedanken, dass unsere Bundesvorsitzende Angela Merkel ihre grundsätzlichen Überlegungen hier in dieser Grundsatzrede, wie ich finde, so eindrucksvoll dargestellt hat. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich darf mich aber auch bei Christoph Böhr, dem Vorsitzenden der Wertekommission, für seine Rede bedanken, die deutlich gemacht hat, dass in dieser Kommission unter Führung von Christoph Böhr jetzt schon seit mehreren Jahren über die Grundsätze und das grundsätzliche Verständnis der CDU nachgedacht wird. Herzlichen Dank, Christoph Böhr!

(Beifall)

Wir gehen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8 über:

**PODIUMSDISKUSSION
„WERTE KONKRET – VERANTWORTUNG GELEBT“**

Ich begrüße hier zunächst die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion. Als Erste begrüße ich Frau Nina Ruge, Moderatorin und Repräsentantin von UNICEF. Herzlich willkommen, Frau Ruge!

(Beifall)

Ich begrüße recht herzlich Herrn Dr. Patrick Adenauer, den Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V. Herzlich willkommen, Herr Dr. Adenauer!

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Professor Dr. Karl Homann, Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Herzlich willkommen, Herr Professor Homann!

(Beifall)

Ich begrüße den Leiter und Moderator der Diskussion, Herrn Ulrich Reitz, den Chefredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Essen, ebenfalls herzlich. Herzlich willkommen, Herr Reitz!

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einen weiteren Teilnehmer an der Podiumsdiskussion begrüßen, nämlich den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Bischof Dr. Wolfgang Huber. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich freue mich, dass ich in den nächsten 60 Minuten dieses außerordentlich multikulturell angelegte Panel moderieren darf. Diesem Panel gehört ein gelernter katholischer Theologe und Wirtschaftsethiker an, der ein Verfechter der Marktwirtschaft ist. Ihm gehört weiterhin ein evangelischer Theologe an, dem das Soziale besonders am Herzen liegt. Mit einem Eigentümerunternehmer, also nicht nur mit einem Verbandsrepräsentanten zu reden empfinde ich als eine besondere Wohltat. Herr Dr. Patrick Adenauer steht somit selber in der Pflicht und in der Verantwortung. Weiterhin ist es eine schöne Sache, Deutschlands bekannteste und erfolgreichste Moderatorin neben mir stehen zu haben. Ich freue mich wirklich sehr darüber, dass sie neben mir steht. Frau Ruge, Sie bewegen sich ja, wenn man in Genres diskutiert, auf dem Boulevard. Gelebte Verantwortung und der Boulevard wie geht das?

Nina Ruge: Herr Reitz, danke schön, Sie haben mich richtig erkannt. Mein Leben findet nicht ausschließlich auf Champagnerpartys statt. Ich versuche tatsächlich, klare Werte zu leben. Ich denke, das fängt für jeden das ist eine Selbstverständlichkeit in seinem Beruf an. Dies in einer Sendung zu tun, die sich um Prominente kümmert, die über all das berichtet, was auf dem Boulevard passiert, mag von außen her zunächst einmal als ein Widerspruch erscheinen. Für meine Redaktion und für mich ist z. B. der Wert Respekt ganz entscheidend. Von Herrn Böhr wurde vorhin schon der Verfassungsgrundsatz hervorgehoben, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das ist auch für uns ganz entscheidend. Wir werden in unserer Sendung nicht so berichten, dass die Würde des Menschen in irgendeiner Form beeinträchtigt wird. Das hat einen interessanten Effekt. Sie werden das ZDF-Programm von montags bis freitags um 17.45 Uhr oder samstags um 18.30 Uhr wahrscheinlich nicht sehen, weil Sie alle viel zu beschäftigt sind. Interessanterweise ist unsere Sendung im Vergleich zu den anderen so genannten Boulevardsendungen aber die erfolgreichste, und zwar vom Marktanteil und auch von der Zahl der Zuschauer es sind über drei Millionen her. Diese Anmerkung ist etwas unbescheiden von mir und entspricht nicht meinem Wertmaßstab der Bescheidenheit. Im Hinblick auf das Zuschauerverhalten ist es aber interessant, dass die Sendung, in der nicht auf Sex and Crime abgestellt

wird und in der nicht respektlos über Menschen berichtet wird, am häufigsten eingeschaltet wird. Das empfinde ich als etwas sehr Tolles.

(Beifall)

Danke, diesen Beifall nehme ich für meine Kollegen entgegen.

Den Wert der Mitmenschlichkeit zu leben ist für mich sehr wichtig. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass ich mich in drei Bereichen besonders engagiere. Ich arbeite seit zehn Jahren für UNICEF, seit zwei Jahren für das Netzwerk von und für Frauen und Mädchen mit Behinderung in Bayern und schon sehr lange im gesundheitspolitischen Bereich, jetzt z. B. im Bereich der Darmkrebsfürsorge.

Moderator Ulrich Reitz: Patrick Adenauer, Eigentümerunternehmer und gelebte Verantwortung lässt sich das heute noch genauso wie vor zehn Jahren vereinen? Ist die Kategorie gelebte Verantwortung eine Kategorie, die Sie beim Wirtschaften in Ihrem täglichen Leben beschäftigt?

Dr. Patrick Adenauer: Gerade heute ist es so, dass man sich über diese Kategorie, über diese Themen Gedanken machen muss, weil wir in einer Welt leben, in der Entscheidungen sehr schnell getroffen werden müssen, und Entscheidungen über Wohl und Wehe des Unternehmens noch viel mehr mit Menschen zu tun haben als noch vor zehn, 15 oder 20 Jahren. Deshalb ist es für mich durchaus wichtig, mit diesen Themen klarzukommen, auch wenn es dabei scheinbare Widersprüche gibt. Ich erinnere daran, dass die Beschäftigung und Entlassung von Mitarbeitern ein Thema ist, das momentan in aller Munde ist.

Moderator Ulrich Reitz: Herr Bischof Huber, bringen Sie Wirtschaft auch industrielles Wirtschaften und gelebte Verantwortung, also unternehmerische Ethik, noch ohne weiteres zusammen oder gibt es in dieser Hinsicht in Ihrem Denken bei dem täglichen Blick auf die Wirtschaftsteile der Zeitungen Brüche?

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Beides gehört zusammen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir heute viel aufmerksamer darauf achten müssen, dass Menschen in wirtschaftlicher Verantwortung gleichzeitig unmittelbar ethische und moralische Verantwortung tragen, ob sie es wollen oder nicht. Ich finde auch, dass man diese Bereitschaft zur Verantwortung mit ein bisschen mehr Respekt würdigen muss, als es öffentlich insgesamt geschieht. Wir haben ja eine schiefe Wahrnehmung der Wirtschaft insgesamt, weil die öffentliche Darstellung sehr stark von großen Konzernen und dem, was dort auch an bestimmten Auswüchsen zu bemerken ist, geprägt ist. Man muss darüber durchaus kritisch diskutieren, denn Menschen in wirtschaftlicher genauso wie in politischer Verantwortung sind dazu verpflichtet, elementare Tugenden auch öffentlich erkennbar zu machen, und können sich von ihnen nicht freizeichnen.

(Beifall)

Wenn man in meiner Situation unter anderem auch die Chance und die Pflicht hat, Deutschland immer wieder einmal von außen anzuschauen vor ein paar Wochen bin ich eine Woche im Sudan gewesen; vorgestern bin ich gerade von einem Besuch in Chile, Argentinien und Brasilien zurückgekommen, muss man sich klar machen, dass wir nicht nur fragen dürfen, was die Globalisierung uns antut und mit uns macht. Vielmehr muss man auch fragen, was wir mit der Globalisierung anderen antun und wie diese darauf reagieren.

(Beifall)

Es geht nicht nur um das Problem, dass die soziale Marktwirtschaft bei uns nicht mehr als gerecht angesehen wird. Wir haben es ebenso mit dem riesigen Problem zu tun, dass Globalisierung mit dem Hauptakteur Bundesrepublik Deutschland in anderen Ländern ein Feindbild darstellt, das mich im Hinblick auf die Frage angst und bange werden lässt, wie denn weltweite Kommunikation in der globalisierten Welt in Zukunft möglich sein wird.

Ich musste am letzten Donnerstag bei einer Podiumsdiskussion über Globalisierung die Einführung übernehmen und dann die Diskussion moderieren. Bei dieser Diskussion wurde der kapitalistische Westen in einer natürlich falschen und auch etwas niveaulosen Weise einseitig gebrandmarkt. Angesichts dessen habe ich mich gefragt: Was können wir denn tun, damit dieses Bild von Deutschland in der Welt nicht bestehen bleibt? Es ist eine riesige Verantwortung, die wir in dieser Hinsicht haben. Deswegen glaube ich, dass wir auch unsere Wertediskussion so führen müssen, dass wir gleichzeitig die weltweiten Auswirkungen unseres eigenen Handelns mit im Blick haben.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Herr Professor Karl Homann, Sie lehren in München. Hilft das, wenn man Westfale ist?

(Heiterkeit)

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ich muss gestehen, dass die Eingewöhnung schwierig gewesen ist. Allerdings ist die Universität München natürlich ein nationales, wenn nicht gar ein internationales Podium, auf dem man sich dann durchaus bewegen kann.

Moderator Ulrich Reitz: Außerdem sind die Bayern entgegen landläufiger Meinung liberal.

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Das sind sie in der Tat, auch wenn manche markigen Sprüche etwas anders klingen. Sie waren immer liberal.

Moderator Ulrich Reitz: Sie müssen aus der philosophischen Ecke heraus eines noch erklären. Ich habe von Ihnen die Aussage gefunden, der heilige St. Martin könne kein Vorbild sein. Das müssen Sie erklären.

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ja, ich habe das in der Tat gesagt, und ich stehe auch zu diesem Satz.

Die Erklärung geht so: Der heilige Martin lebte in einer vormodernen Gesellschaft, in einer überschaubaren Gesellschaft, in einer Gesellschaft des Dorfes, der Klein- und Primärgruppe. Wir leben heute in einer anonymen Großgesellschaft, spätestens seit dem 18. Jahrhundert, als Adam Smith diese Theorien aufgestellt hat. Das war sein Bild; vor diesem Hintergrund hat er seine Theorie entwickelt. Heute leben wir in der globalisierten Weltgesellschaft, und unter diesen Bedingungen kann eine Face-to-Face-Beziehung nicht mehr funktionieren. Unter den Bedingungen moderner anonymer Großgesellschaften würde der heilige Martin heute etwas anderes tun: Er würde weit im Vorfeld eine Mantelfabrik bauen und dem Bettler Arbeit geben.

(Heiterkeit)

Er würde auch noch anderen Bettlern Arbeit geben, damit die sich die Mäntel kaufen können. Das ist die kapitalistische Antwort auf dasselbe Problem und mit demselben Prinzip der Solidarität aller.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Der heilige Martin würde heute eine Mantelfabrik aufmachen. Was sagen Sie denn dazu, Bischof Huber?

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Ich habe immer Schwierigkeiten, wenn man zwei Dinge gegeneinander ausspielt, die aus meiner Sicht unmittelbar zusammengehören. Auch heute noch würde der heilige Martin, wenn er einen auf der Straße sehen würde, der erfriert, ihm den halben Mantel geben. Noch heute werden wir in dieser Stadt Berlin den Kältebus durch die Straßen schicken, *Obdachlose aufsammeln und zur Notunterkunft bringen, damit sie eine Nacht nicht frieren und eine warme Suppe bekommen.*

Trotzdem ist zugleich richtig, dass wir an die Ursachen herangehen müssen, uns also fragen, wie wir verhindern können, dass so viele Menschen in dieser Stadt obdachlos sind und selbst bei den kältesten Temperaturen unter freiem Himmel kampieren. Beides gehört zusammen. Der heilige Martin hätte beides gemacht, nicht nur eines von beidem. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall)

Dr. Patrick Adenauer: Ich finde es wichtig, dass eine solche Mantelfabrik wieder in Deutschland entstehen kann, nicht irgendwo im Ausland.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist der Kern der Überlegungen, die wir an der Stelle vielleicht anschließen sollten.

Moderator Ulrich Reitz: Die Mantelfabrik, die in Deutschland wieder entstehen kann, wie geht das?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ich habe den Gegensatz auch nicht so aufgemacht, wie Bischof Huber gesagt hat. Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen: dass wir häufig Solidarität und die Entwicklung der Menschheitsgesellschaft auch heute noch nach dem Modell des heiligen Martin denken, nach dem Modell des Teilens, und wenn wir teilen, beispielsweise Lebensmittelhilfe oder Geld in Entwicklungsländer schicken, bewirken wir unter Umständen genau das Gegenteil von dem, was wir eigentlich beabsichtigt haben. Dafür muss man die Funktionsgesetze dieser modernen Gesellschaft kennen. Es hat in den 90er-Jahren ein Buch mit dem Titel „Tödliche Hilfe“ gegeben, und Entwicklungshilfe in diesem Sinne ist tödlich, weil sie in den Empfängerländern die Strukturen zerstört, beispielsweise die Landwirtschaft. Dann werden die Menschen vollständig von den Lebensmittellieferungen der Industrienationen abhängig. Das kann keine nachhaltige Entwicklung sein, und deswegen lege ich so viel Wert auf Strukturreformen und institutionelle Reformen.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Frau Ruge, Sie sind auf diesem Feld sehr viel unterwegs. Bitte!

Nina Ruge: Ich möchte auf etwas aufmerksam machen, was mich zwar nachdenklich macht, aber auch optimistisch stimmt. Es geht darum, Moral und Verantwortungsbewusstsein in Unternehmen oder auch in Schulen oder Universitäten zu pflegen. Der Trend bei der Bewertung und Beurteilung von Mitarbeitern oder von Schülern und Studenten geht dahin, dass die soziale Kompetenz immer höher wertgeschätzt wird. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, der in unseren Unternehmen mit Sicherheit eine große Rolle spielen wird. Aufstiegschancen müssen auch an soziale Kompetenz gekoppelt sein.

Moderator Ulrich Reitz: Kluge Unternehmen verhalten sich heute so. Ich glaube, es gibt einen Modellfall bei Siemens.

Nina Ruge: Ja, das ist auch meine Aufgabe, die ich seit langem für UNICEF sehe. Ich versuche, zu ködern. Ich versuche zum einen, über die Verhältnisse vor Ort zu informieren, und ich reise auch in Länder wie Nigeria. Auf der anderen Seite versuche ich, hier in Deutschland zu ködern, und das ist – das hat mich wirklich sehr gefreut – mit Herrn von Pierer bei Siemens gelungen. Das ist wiederum gelebte Unternehmenskultur. Es ist nicht so gelaufen, dass Herr von Pierer gesagt hätte, wir von Siemens spenden jetzt – möglichst pressewirksam – eine hohe Geldsumme, sondern das Engagement von UNICEF wurde als Angebot für die interne Unternehmenskommunikation genutzt. Das heißt, es wurde mit dem Intranet gearbeitet, es wurde ein Wettbewerb gestartet, wie viele Mitarbeiter Friendship-Mitglieder, also Fördermitglieder von UNICEF werden. Da wird innerhalb des Hauses eine Kultur gefördert, die ganz viele Ideen, wie man Geld für UNICEF sammeln kann, geboren hat. Es wurde dann auch eine Schule in Afghanistan ganz speziell unterstützt, und man hat spezielle Kommunikationsformen mit einer Live-Cam gefunden, um zu überwachen, was mit dem Geld dort passiert. Man lebte also die Zusammenarbeit mit

UNICEF in der internen Kommunikation und hat da, was die Wärme des Klimas angeht, eine Menge bewegt.

Moderator Ulrich Reitz: Ich glaube, dass diese Frage der sozialen Unternehmensführung von wachsender Bedeutung ist. Ich erinnere daran, dass jüngst ein Wirtschaftsmagazin mit dem Titel „Anständig führen“ aufgemacht hat. Das war eine 25-seitige Ökonomie-Strecke über die Frage des sozialen Managements in Unternehmen. Dennoch ist es so, dass das Bild, das wir von Wirtschaft haben, stark durch die Industrie, durch Industrielles Wirtschaften geprägt wird. Wenn ein Unternehmen wie Telekom, das im dritten Quartal 2005 einen Gewinn von 2,4 Milliarden gemacht hat, ankündigt, in den nächsten Jahren 32 000 Stellen abzubauen, dann kann man sich auch fragen, ob bei Kündigungen die Not regiert oder die Gier. Was meinen Sie, Herr Adenauer?

Dr. Patrick Adenauer: Sie sprechen damit natürlich einen Vertreter gerade der Unternehmen an, bei denen das in der Form nicht nachvollziehbar wäre und nicht zu beobachten ist. Ich glaube, dass gerade der Mittelstand, dass die Familienunternehmen damit sehr verantwortlich umgehen. Sie können sich – insbesondere dann, wenn sie auch globale Kunden haben – den globalen Entwicklungen nicht widersetzen, aber sie gehen gerade mit diesem besonderen Thema sehr, sehr vorsichtig um.

Moderator Ulrich Reitz: Die Kleinen gehen damit vorsichtiger um als die Großen?

Dr. Patrick Adenauer: Ja, vorsichtiger als die Großen. Ich kann die Situation der Telekom oder der Deutschen Bank – oder wen Sie an dieser Stelle auch immer nennen können – letztlich nicht beurteilen, weil auch da große Bedrohungen anstehen, etwa die Internettelefonie, die das Festnetz verdrängt, was eben Veränderungen nötig macht, damit ein Unternehmen wie Telekom auch in Zukunft gut dasteht.

Moderator Ulrich Reitz: Viele Menschen haben aber ganz große Probleme, dem zu folgen; denn sie bekommen die Nachrichten nicht mehr übereinander.

Dr. Patrick Adenauer: Ja, das ist eine Frage der Kommunikation, die ja insgesamt immer wichtiger wird. Leichter fällt das natürlich uns Mittelständlern in unseren Unternehmen, wo der Mitarbeiter noch den Eigentümer greifen kann. Da ist man automatisch authentischer. Wenn man als Unternehmensführer authentisch ist, kann man seine Entscheidungen begründen, und selbst wenn sie für den Einzelnen vielleicht nicht schön sind oder sogar Entlassung bedeuten, versteht der das dann doch, weil er das konkrete Unternehmen kennt und weiß, wie der Inhaber agiert und dass er das aus voller Verantwortung heraus tut.

Diese Authentizität bringen unsere so genannten großen Wirtschaftsführer nicht herüber. Da gibt es dann einen Widerspruch. Auf der einen Seite ist man mit einem Vorstandsvertrag so reich, dass man danach nie mehr arbeiten muss. Auf der anderen Seite werden in der gleichen

Firma gigantische Fehler gemacht, die Aktionärskapital vernichten und am Ende dazu führen, dass auch noch viele Menschen entlassen werden müssen. Das ist ein Widerspruch, den der normale Bürger, auch der mittelständische Unternehmer, nicht mehr nachvollziehen kann.

(Beifall)

Da hat dann aber die Unternehmensführung versagt.

Moderator Ulrich Reitz: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir denn daraus? Die Kanzlerin hat eben gesagt, man muss sich auch einmal angucken, welche Margen da verdient werden. Sie sagen dasselbe. Gibt es in einer Marktwirtschaft überhaupt eine Chance, über Margen zu reden, wenn man über Moral redet? Denn letztendlich wird doch überhaupt nicht mehr verstanden, dass solche Verträge geschlossen werden, mit denen man nach zehn Jahren in einem Vorstand sein ganzes Leben gesichert hat.

Dr. Patrick Adenauer: Da reichen ja ein Fünfjahresvertrag und ein Jahr Misserfolg; dann fliegt man raus und bekommt das ganze Geld ausgezahlt. Es ist ja noch extremer.

Moderator Ulrich Reitz: Ja, ganz genau. – Bischof Huber, bitte.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Es ist eine der spannendsten Fragen jedes Nachdenkens über Gerechtigkeit, ob es im Blick auf solche Margen eigentlich einen Gerechtigkeitsmaßstab gibt. Der großartige amerikanische Sozialphilosoph John Rawls hat auf diese Frage eine Antwort gegeben. Er hat nämlich gesagt: In einer Gesellschaft sind diejenigen Unterschiede legitim, die aus sich heraus eine Produktivität setzen, die auch noch demjenigen zugute kommt, der am Ende der Skala ist. – Das ist eine Gerechtigkeitstheorie, die – ganz im Sinne dessen, was die Bundeskanzlerin vorhin gesagt hat – Unterschiede will, aber für diese Unterschiede einen Maßstab hat, nämlich ob diese Unterschiede der Gemeinschaft zugute kommen. Das wird daran geprüft, ob auch noch der Arbeitslose einen erkennbaren Vorteil davon haben kann, dass ein tatkräftiger Unternehmer besser bezahlt wird, sich dadurch stärker einsetzt und sich selber sozusagen stärker auspowert, um etwas Gutes zu bewirken.

Von einem solchen Maßstab sind wir aber, mit Verlaub gesagt, mittlerweile meilenweit entfernt,

(Beifall)

und das Resultat ist, dass sich Manager auf eine ganz klar erkennbare Weise stärker zu einer Treuepflicht gegenüber dem Kapital und ihrem eigenen Einkommen bekennen als zu einer Treuepflicht gegenüber den Menschen.

(Beifall)

Die Tatsache, dass es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, darf doch kein Grund dafür sein, die Treue ihnen gegenüber vollkommen gering einzuschätzen.

(Beifall)

Diesen Unterschied kann ich innerlich nicht akzeptieren. Natürlich, es ist menschlich nachvollziehbar: Dort, wo man noch Face-to-Face-Relationen hat, muss man Rechenschaft ablegen; aber der Vorstandsvorsitzende oder der Manager eines Großunternehmens ist genauso rechenschaftspflichtig gegenüber denen, deren Arbeitsplätze verloren gehen, sei es aus kalt kalkulierter Absicht, sei es wegen eines Managementfehlers. In beiden Fällen ist er verantwortlich zu machen! Das ist für mich ein elementarer Gerechtigkeitsgrundsatz.

Deswegen halte ich auch unter den Bedingungen der Globalisierung den Maßstab der Gerechtigkeit für vollkommen unverzichtbar.

(Beifall)

Nina Ruge: Bischof Huber, das empfinde ich als ein bisschen zu populistisch, weil Sie damit alle unsere Führungskräfte über einen Kamm scheren und letztlich unterstellen, sie seien nur an ihren horrenden Honoraren bzw. Jahresverträgen interessiert. Es gibt zwei wichtige Parameter, und es läuft in den großen Unternehmen immer mehr darauf hinaus, dass es keine überdimensional dotierten Verträge gibt, sondern, wenn das Unternehmen gut funktioniert, relativ hohe Boni. Das kontrolliert dann der Kapitalmarkt. Die große Herausforderung für unsere Vorstände und Vorstandsvorsitzenden ist es, den richtigen Weg zu finden, um einerseits das Unternehmen durch die extremen Schwierigkeiten zu führen, die jetzt vonseiten der Kapitalmärkte und durch die vierteljährliche Berichtspflicht aufgebaut werden, und andererseits die moralische Verpflichtung zu erfüllen, nicht eiskalt Menschen auf die Straße zu setzen. Aber die Führungskräfte so darzustellen, als seien sie ausschließlich an Ihren Honoraren und an dem interessiert, was sie an zusätzlichen Geldern bekommen, wenn sie Menschen auf die Straße setzen, das empfinde ich als falsch.

(Beifall)

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Da haben wir vorhin aber ausdrücklich differenziert, und ich selber hatte damit angefangen. Da sind wir uns vollkommen einig.

Moderator Ulrich Reitz: Man merkt jedenfalls, Frau Ruge, dass Sie mit jemandem verheiratet sind, der tief in der Materie steckt und übrigens ein Unternehmen erfolgreich führt.

Nina Ruge: Wenn ich noch auf das Beispiel der Telekom eingehen darf: 32 000 Mitarbeiter, das ist eine gigantische Zahl, die ist einfach wahnsinnig, aber Sie alle kennen doch die Geschichte der Telekom, und die zeigt nun einmal, auch wenn sich dieses Beispiel sehr plakativ darstellen lässt, dass dieses Unternehmen eine so große Zahl von Menschen hat übernehmen müssen, dass es im internationalen Wettbewerb mit anderen Telekommunikationsanbietern einfach nicht bestehen kann.

Dr. Patrick Adenauer: Es ist aber auch so, dass in unserer Wahrnehmung solche Negativbeispiele, wenn es denn Negativbeispiele sein sollten, gern hervorgehoben und überspitzt dargestellt werden. Es gibt auch sehr viele positive andere Beispiele, und gerade jetzt, wo sich die deutsche Wirtschaft für meine Begriffe positiv entwickelt, weil sie viele Hausaufgaben gemacht hat, haben wir auch sehr viele Einstellungen, auch bei großen Unternehmen, etwa bei der Lufthansa, und aus dem Handel höre ich das auch. Da geht es nach der Restrukturierung in die richtige Richtung. Darüber wird zu wenig berichtet. Insofern sollten wir uns durch diese Negativbeispiele, die es vielleicht gibt, nicht das Unternehmerbild kaputt machen lassen, weder das Managerbild noch das Bild vom Eigentümer-Unternehmer.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Herr Adenauer, wenn Sie das ansprechen: Wir von der Presse sind im Übrigen auf der Suche nach den guten Nachrichten. Nur sind sie aus dem Bereich der Wirtschaft leider selten geworden; das muss man einfach sagen. Dort, wo wir gute Nachrichten verbreiten können, tun wir das sogar sehr gerne. Denn damit befriedigen wir eine Nachfrage; wir bewegen uns ja auch an einem Markt.

Edmund Stoiber appelliert an die Unternehmen, sich patriotisch zu verhalten und nicht ins Ausland zu gehen. Der Chef der IG Metall sagt: Wir brauchen eine Verlagerungsabgabe. Die Unternehmen, die ins Ausland gehen, sollen dafür also eine besondere Abgabe zahlen. Wie ordnen Sie das ein?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Wer so redet, hat die Marktwirtschaft nicht kapiert.

(Vereinzelt Beifall)

In der Marktwirtschaft gibt es eine ganz klare Wertentscheidung, und zwar zugunsten des Konsumenten, das heißt der Allgemeinheit, nicht zugunsten des Kapitals. Wenn wir diese Trennung institutionell gemacht haben und die Marktwirtschaft mit Privateigentum etabliert haben, dann liegt die moralische Rechtfertigung genau darin, dass diese Aufteilung der Aufgaben am besten dem Konsumenten dient.

Um auf das konkrete Beispiel der Telekom zurückzukommen: Seit die Telekom kein Monopolist mehr ist, also seit sie überhaupt die Telekom geworden ist, begreifen wir erst allmählich, was der Monopolist vorher den armen Menschen aus der Tasche gezogen hat, über die Jahrzehnte hinweg Milliardenbeträge!

(Beifall)

Es geht hier um den Konsumenten, nicht um den Kapitalisten, und es geht auch nicht um den Arbeitsplatzbesitzer, so drängend das Problem der Arbeitslosigkeit auch ist. Frau Dr. Merkel und Herr Dr. Böhr haben das ja noch einmal in aller Deutlichkeit angesprochen. Die klare Wertent-

scheidung wird aber für den Konsumenten getroffen, und es ist das leistungsfähigste System, das wir haben. Wenn wir Arbeitsplätze durchfüttern, die der Weltmarkt nicht mehr akzeptiert, die nicht mehr die Produktivität erbringen, dann bezahlt das der Konsument. Es ist die eigentliche Unsolidarität in unserer Gesellschaft, dass der Konsument durch unsere einseitige Fixierung auf die Arbeitsplätze völlig aus dem Blickfeld geraten ist. Wer den patriotischen Unternehmer verlangt, hat die Marktwirtschaft nicht kapiert.

Moderator Ulrich Reitz: Wir reden jetzt über Edmund Stoiber?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Selbst überhöhte Gewinne – selbst solche, von denen wir alle meinen, dass sie überhöht sind – haben in der Marktwirtschaft noch eine Funktion, und diese Funktion vernachlässigen wir, wenn wir die überhöhten Gewinne abschöpfen. Sie haben nämlich die ganz klare Funktion, Kapital anzulocken, um das Angebot auszuweiten. Das ist der entscheidende Punkt. Dadurch werden nämlich Preise heruntergedrückt, und die Bevölkerung wird besser versorgt. Nehmen wir uns um Gottes willen nicht die Anreizfunktion und die Informationsfunktion hoher Gewinne! Sie steuern die Volkswirtschaft in die Bereiche, in denen Bedarf besteht, in denen Mangel besteht.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Einverstanden, Herr Dr. Adenauer?

Dr. Patrick Adenauer: Ja, es ist so. Wenn ich versuche, da hineinzuregulieren und einen angemessenen Gewinn zu definieren, muss ich schon von vornherein scheitern. Da, wo gute Gewinne gemacht werden, wird Wettbewerb angelockt. Das führt zu besseren Produkten, und der Konsument kann am Ende die Produkte preiswerter kaufen. Das ist bei jedem VW-Käfer so gewesen, der anfangs teuer war und immer preiswerter wurde, und es ist mit allen Produkten so, die die Konsumenten heute haben. Leider haben wir auch die Mentalität, dass die Leute gerne deutsche Löhne haben wollen, aber bei Aldi zu Fernostpreisen einkaufen. Das ist das Spannungsfeld, in dem unsere Gesellschaft lebt.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Wir halten also fest: Eine Verlagerungsabgabe wird – jedenfalls hier auf dem Podium – nicht gewünscht, aber Appelle an den Patriotismus entsprechen auch nicht unternehmerischer Wirklichkeit.

Dr. Patrick Adenauer: Ich glaube, dass jedes Unternehmen, das international agiert, nur dann wirklich erfolgreich sein kann, wenn es eine feste emotionale Bindung hat und weiß, woher es kommt. Es ist bei jedem Menschen so, dass er wissen muss, woher er kommt, um zu wissen, wohin er geht, und das ist für Unternehmen genauso. In der gleichen Branche haben unterschiedliche Unternehmen, weil sie eine andere Geschichte haben, auch eine andere Ausrichtung und an-

dere Erfolgspfade. Das gilt dann auch für einen internationalen Auftritt. Ich denke, jedes Unternehmen ist gut beraten, eine Heimat zu haben, so wie es für eine Familie gut ist, eine Heimat zu haben. Trotzdem kann man sehr international auftreten und muss es vielleicht auch, um erfolgreich zu sein. Von den so genannten Hidden Champions, die wir in Deutschland haben, von diesen großen und erfolgreichen internationalen Mittelständlern, von denen manche sagen, dass wir bis zu 1 000 haben, werden Sie hören, dass sie, wenn sie international tätig sind, nur noch 20 Prozent des Umsatzes im Inland machen und 80 Prozent im Ausland. Wo kämen wir hin, wenn es nicht diese Innovationskraft, diese Internationalität gäbe? Aber sie tun das gerne mit Sitz in Deutschland, und dass das weiterhin der Fall ist, das ist eigentlich die Aufgabe der Politik.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Reden wir dennoch einen Moment über das Soziale, Bischof Huber. Kann die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern ein Thema sein, um die Verbindung zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern zu stärken? Bindet das auch Unternehmen an Deutschland? Wäre eine solche Gewinnbeteiligung etwas, was uns allen gut tun würde?

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Sie wird ja schon seit Jahrzehnten diskutiert, und es wäre in meinen Augen hochehrlich, wenn die jetzige Situation dazu führen würde, dass wirklich ein Schritt dahin realisiert wird. Das würde zu einer wechselseitigen Bindung der Unternehmen an die Menschen und der Menschen an die Unternehmen führen. Denn auch wenn man noch so radikal dem Gedanken von Herrn Homann folgt, dass der Blick auf den Konsumenten sozusagen den Wirtschaftsprozess steuert, braucht man doch Bindungen, die darüber hinausgehen, und diese Bindungen müssen einerseits moralisch gefestigt sein – darüber hat Herr Adenauer gesprochen –, aber sie brauchen auch institutionelle Stützen, und die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer könnte eine solche institutionelle Stütze sein.

Außerdem würde sie dazu beitragen, dass Menschen in höherem Maße zu dem imstande sind, was wir alle von ihnen doch verlangen, nämlich in stärkerem Maße selber für ihr Alter vorzusorgen. Wie soll das denn gehen, wenn sie von der materiellen Ausstattung her dafür gar nicht die Voraussetzungen haben? Auch diesen Gesichtspunkt der Vorsorge muss man dabei im Blick haben, und deswegen würde ich das sehr begrüßen.

(Vereinzelt Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Ist die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern ordnungspolitisch in Ordnung?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ich glaube, dagegen ist ordnungspolitisch nichts einzuwenden. Man muss sich dann die Feinheiten anschauen: Bindung nicht nur an das eigene Unternehmen, etwa für den Fall, dass es insolvent wird, oder man müsste einen Sicherungsfonds oder so etwas einrichten. Das muss man sich im Einzelnen genau anschauen.

Die Bindung an das Unternehmen ist für die Arbeitnehmer außerordentlich wichtig, und das ist ja auch das Geheimnis des deutschen Mitbestimmungsgesetzes, auch wenn ich da nicht alle Einzelheiten, nicht alle Einzelbestimmungen akzeptieren würde. Uns ist von den liberalen Ökonomen in Amerika immer gesagt worden, Deutschland gehe unter. Deutschland ist nicht untergegangen! Der soziale Friede und die Partnerschaft im Betrieb sind ein großes Gut, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollten, auch wenn es uns jetzt, unter den Bedingungen der Globalisierung, Schwierigkeiten bereitet, Kapital von außen nach Deutschland hereinzuholen. Die Ausländer kennen das Mitbestimmungsgesetz nicht und wissen nicht damit umzugehen. Das ist eine der Hürden für Kapitalzuflüsse nach Deutschland.

Moderator Ulrich Reitz: Wenn wir über eine Gewinnbeteiligung reden, was ist denn dann bei Verlusten? Haben Sie darauf eine Antwort? Die CDU sucht gerade eine.

Dr. Patrick Adenauer: Wenn man wirklich in dieser Form Mitunternehmer werden will, gibt es natürlich eine Beteiligung an Gewinnen und Verlusten. Es ist die Frage, ob die Menschen das dann auch gerne wollen, ob sie dieses Risiko mittragen wollen. Es gibt Untersuchungen darüber, dass sich Eigentümer-geführte Unternehmen, die Mitarbeiterbeteiligung zulassen, insgesamt besser entwickeln als solche, die das nicht haben.

Moderator Ulrich Reitz: Herr Sommer würde sagen, das ist eine Minderung des Lohnes, es würde bei Verlusten dazu führen, dass wir insgesamt eine Lohnminderung hätten.

(Zuruf des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer)

Dr. Patrick Adenauer: Die Unternehmen sind dann ja so erfolgreich, dass keine Arbeitslosigkeit zustande kommt!

Moderator Ulrich Reitz: Herr Professor Homann, wir haben über das Soziale geredet. Möchten Sie dazu noch etwas sagen?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ja, ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Bischof Huber angesprochen hat. Es hat mich sehr beeindruckt, dass Sie aus der Sicht der dritten Welt die Frage aufgeworfen haben: Was tut uns der Westen, was tut uns der Kapitalismus mit der Globalisierung an?

Ich möchte hier deutlich machen, dass da große Herausforderungen auf uns zukommen, und zwar nicht in Form der traditionellen Entwicklungshilfe. Die beste Entwicklungshilfe ist die Abschaffung des Protektionismus. Wir in den Industrienationen machen nur eine halbe Globalisierung; wir machen nämlich die Grenzen für die Produkte der Entwicklungsländer dicht. Das ist die eigentliche Ursache der Armut.

(Belfall)

Da kommen enorme Dinge auf uns zu.

Moderator Ulrich Reitz: Was ja in vielen Welthandelsrunden nicht abgeschafft werden konnte!

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Das ist ein Prozess von Jahrzehnten; das ist völlig klar. Genauso war es bei der europäischen Einigung. Historische Prozesse muss man immer auf zwei bis drei Generationen berechnen. Aber es muss in die richtige Richtung gehen, es muss permanent vorwärts gehen, es muss die Aussicht, die Hoffnung bestehen.

Moderator Ulrich Reitz: Stehen wir vor einer Periode mit mehr Protektionismus oder vor einer solchen mit mehr Freihandel?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Im Augenblick haben wir trotz aller Welthandelsrunden erheblich mehr Protektionismus.

Moderator Ulrich Reitz: Wer ist beim Protektionismus der größte Treiber?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Natürlich die USA und auch die EU; das sind die beiden Sünder.

Moderator Ulrich Reitz: Ausgerechnet die sind also die Sünder, die für sich Liberalität auf die Fahnen geschrieben haben?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ja, das ist das Eigentümliche, das ist die gespaltene Moral. Wir verlangen von den Entwicklungsländern die Öffnung der Märkte, der Kapitalmärkte und auch der Produktmärkte, und schließen unsere eigenen Grenzen. Die OECD-Länder, die 29 Industrienationen, geben pro Tag 1 Milliarde Dollar an Subventionen für die Landwirtschaft aus, pro Tag 1 Milliarde Dollar! Wenn wir das mit vernünftigen Programmen in die Entwicklungsländer gesteckt hätten, wären wir in der Armutsbekämpfung heute weiter, als wir jetzt sind.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Da kommt von Frau Ruge der Einwand, wir hätten noch nicht die Bauern gefragt. Das ist wohl wahr. Das gilt vor allem für die in Frankreich. Auch für die in Bayern?

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Richtig, aber wir sollten auch die Milliarden Bauern in den Ländern der dritten Welt fragen, deren Arbeitslosigkeit wir tatsächlich durch den landwirtschaftlichen Protektionismus bei uns und durch den Export dessen, was wir da produziert haben, in den betreffenden Ländern zustande bringen. Das ist in der Tat ein riesiges Problem, und ich bin froh, dass Herr Homann es genannt hat. Es ist nur merkwürdig, dass unsere Gesprächspartner in den Ländern der dritten Welt selber diesen Mechanismus noch gar nicht voll durchschaut haben. Sie denken an Protektionismus für ihre eigenen Güter, statt für die Aufhebung des Protektionismus einzutreten, der im Interesse der reichen Länder ist.

(Vereinzelt Beifall)

Da haben wir eine ganz verkehrte Diskussionslage. Diese Diskussion voranzubringen setzt voraus, dass auf unserer Seite mehr Glaubwürdigkeit dafür entsteht, dass wir wirklich nicht nur die eigenen Interessen vertreten, sondern auch die Interessen anderer gleichberechtigt mit im Blick haben.

Moderator Ulrich Reitz: Wahrscheinlich ist es, wenn ich an die gegenwärtige Debatte um den so genannten Kampf der Kulturen denke, auch so, dass es einen großen Einfluss hätte, wie wir mit Ländern umgehen, die in der Entwicklungsperspektive deutlich gegenüber den Ländern zurückliegen, die man als den zivilisierten Westen bezeichnet. Denn dieser Kampf der Kulturen, dieses Schüren von Hass hat ja auch eine ökonomische Komponente. Diese Länder haben einen wesentlichen Bildungsrückstand, und sie haben im Bruttosozialprodukt pro Kopf auch einen wesentlichen Rückstand. Herr Professor Homann, sehen Sie da eine Entwicklungsperspektive?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Ich denke, das ist langfristig die einzige Entwicklungsperspektive, die sich uns bietet, denn schauen Sie sich die Entwicklungshilfe der westlichen Staaten an: Nach meiner Kenntnis sind es nur die nordischen Staaten, die an die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe herankommen. Die westlichen Staaten sind mehr oder weniger in Zahlungsschwierigkeiten, sodass von daher nichts zu erwarten ist, und die vielen Milliarden Entwicklungshilfe haben nur in Teilbereichen etwas gebracht.

Viel wichtiger ist zum einen die Öffnung der Grenzen für die Produkte der Entwicklungsländer; womit sollen die sonst ihre Schulden bezahlen? Zum anderen geht es um institutionelle Reformen innerhalb der Entwicklungsländer. Das sind die entscheidenden nachhaltigen Faktoren für langsames Wachstum und vielleicht auch für einen minimalen Wohlstand.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Ich komme jetzt noch einmal auf die inländische Gerechtigkeitsdebatte zurück. Eben ist gesagt worden, es reiche nicht aus, einem arbeitslosen Menschen zu sagen: Du kriegst Hartz IV und dann verweisen wir dich aufs Ehrenamt. – Zum Thema „Ehrenamt“ muss man wohl doch noch einen Satz sagen. Jemanden, der da tätig ist, frage ich: Wie steht es denn in Deutschland um das Ehrenamt? Haben Sie eventuell ein paar Zahlen, Frau Ruge?

Nina Ruge: Ich finde es ganz toll, dass Sie das ansprechen, denn ich denke, das ist eine Perspektive, die uns alle in den nächsten zehn Jahren mit Sicherheit ganz stark betreffen wird. Die dritte Kraft der Menschen, die unentgeltlich arbeiten, wird neben Politik und Wirtschaft immer stärker werden. Wenn wir uns anschauen, wie viele Menschen in Deutschland überhaupt schon ohne Bezahlung tätig sind, so ist das überwältigend, und doch wird es immer ein bisschen unter den Teppich gekehrt. UNICEF hat mir für den heutigen Tag Zahlen zur Verfügung gestellt; die stammen aber noch aus der Untersuchung der damaligen Enquete-Kommission des Bundes-

tages. Deren Abschlussbericht stammt aus dem Jahr 2002 oder dem Jahr 2003, und danach ist jeder dritte Deutsche unentgeltlich, also ehrenamtlich tätig. Nun klingt „Ehrenamt“ so spießig, dass manche es nicht mehr hören wollen, und viele sagen lieber „freiwillig“ oder „unentgeltlich“. Von den 22 Millionen Deutschen, die das tun, engagieren sich immerhin 7 Millionen im sozialen oder im kirchlichen Bereich. UNICEF hat in Deutschland 8 000 ehrenamtliche Mitarbeiter; die sagen auch „Ehrenamt“ dazu.

Ich habe mir auch gerade noch einmal die Zahlen geben lassen, die sich auf die Menschen beziehen, die pflegebedürftig werden. Wir haben in Deutschland im Augenblick zwei Millionen Menschen, die pflegebedürftig sind, und 650 000 sind in Pflegeheimen. Was bedeutet das für die Würde des Menschen? Wie viele Ehrenamtliche, Freiwillige brauchen wir, die in diesem Bereich arbeiten müssen? Das wird der Staat nicht mehr leisten können, jedenfalls nicht in der Form, dass ein würdiger Umgang mit diesen Menschen sichergestellt ist. Frau Dr. Merkel sprach über den Umgang mit dem Tod. Es muss auch eine würdige Sterbebegleitung möglich sein. Das ist etwas, was die Zukunft des Ehrenamtes und der Freiwilligen betrifft. Die Nichtregierungsorganisationen, zu denen auch UNICEF gehört, setzen immer mehr darauf, dass diejenigen, die freiwillig arbeiten wollen, zum Beispiel ihre Fahrtkosten ersetzt bekommen, dass sie, wenn sie arbeiten, gegen Unfall und sonstige Risiken versichert werden, dass sie ihren Arbeitsplatz auch selbst bestimmen können. Das heißt, dass man sich in Beratungsstellen darüber informiert, was man unterstützen kann und möchte. Möchte ich Sterbebegleitung machen, möchte ich Menschen, die sehr alt sind und in Pflegeheimen sind, begleiten, oder möchte ich vielleicht Kinder betreuen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht in einer Kindertagesstätte sein können? Das wird etwas sein, was in Zukunft noch viel, viel stärker gewürdigt werden muss, und es muss auch noch ausgebaut werden.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Die Finanzminister in Bund und Ländern würden in ihrer großen Not das, was Frau Ruge gesagt hat, etwas anders interpretieren, nämlich als die Möglichkeit, sich aus einer gesundheitlichen oder pflegemäßigen Rundumversorgung Schritt für Schritt zu verabschieden. Das können wir eigentlich nicht wollen.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Ich glaube nicht, dass man das, was es an kompetenter, professioneller Gesundheitsvorsorge und Pflege geben muss, einfach durch Ehrenamt ersetzen kann. Wir müssen uns klar machen, dass die Personalausstattung – ich beobachte dies im Augenblick an einem Beispiel aus der Nähe – von Pflegeheimen gar nicht so ist und auch nicht so sein kann, dass das notwendige Maß an menschlicher Zuwendung, welches ein älter werdender Mensch genauso wie ein Mensch in jeder anderen Lebensphase auch braucht, in vollem Umfang gewährleistet sein könnte. Deshalb ist ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich dringend notwendig und zu wünschen.

Diese Beobachtung nötigt im Übrigen dazu, dass wir auch über die Familie vollkommen anders reden, als es üblicherweise geschieht. Ich gebe hier freimütig zu, dass ich einen großen Zorn über den politischen Satz empfinde, Familie sei dort, wo Kinder seien.

(Beifall)

Ich sage Ihnen ehrlich: Nach dieser Definition lebe ich nicht in einer Familie. Das ist empirisch falsch. Ich lebe in einer Familie mit drei erwachsenen Kindern, mit einer Schwiegermutter, die wir an diesen Ort geholt haben, mit einer Frau, die ihre Berufstätigkeit unterbricht, um ihrer alt gewordenen Mutter beizustehen, die in einem Pflegeheim wohnt, aber trotzdem, wenn Ihre Situation menschenwürdig sein soll, noch Zuwendung braucht. Es gibt also auch zwischen den erwachsenen Kindern und ihren alt gewordenen Eltern Familienbeziehungen.

(Beifall)

Das sind übrigens genau diejenigen Beziehungen, die das Vierte Gebot im Sinn hat, das sagt: Du sollst Vater und Mutter ehren, auf dass du lange in dem Lande lebst, das dir der Herr, dein Gott, gegeben hat. – Damit sind Erwachsene angesprochen, die ihre alt gewordenen Eltern ehren sollen. Das ist das Thema nicht der Missbrauch in unserer Kinderstube, der Gehorsam des kleinen Kindes gegenüber seinen Eltern. Der ursprüngliche Sinn, den ich soeben skizziert habe, kehrt jetzt wieder.

(Beifall)

Es geht hier um eine Dimension von Familie, die man genauso im Blick haben muss wie die Hoffnung und den Wunsch, dass mehr junge Leute sich Kinder wünschen und sie auch bekommen. Das gehört zusammen. Insofern haben wir ein total verengtes Familienbild in der politischen Diskussion.

Mein Zukunftsbild ist, dass die erwähnte Zuwendung und Pflege in den funktionierenden Familienbeziehungen erfolgt, dass aber auch viele Menschen bereit sind, ehrenamtlich entsprechende Aufgaben zu übernehmen, denn diese Aufgaben wachsen in unserer Gesellschaft exponentiell.

Nina Ruge: Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass gerade Arbeitslose nicht gern im Ehrenamt arbeiten. Das kann man wirklich sehr gut nachvollziehen, weil sie eben nicht eine unentgeltliche Ersatzfunktion übernehmen wollen. Führen wir uns einmal vor Augen, dass es im Jahre 2020 1 Million Pflegefälle geben wird. Wir haben im Augenblick 80 Millionen Bürger. Im Jahre 2020 werden es weniger sein. Bei 1 Million stationären Pflegefällen werden wir sehr viele Menschen brauchen, die das Leben der zu Pflegenden lebenswerter machen. Allein das Pflegepersonal kann dies nicht leisten. Der Staat wird in dieser Hinsicht das sehen Sie im Blick auf die Zukunft mit Sicherheit genauso noch viel stärker überfordert sein, als er es jetzt schon ist.

Ich möchte hier das Ergebnis einer Infratesterhebung über freiwilliges Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement es stammt von 1999; es ist aber unerheblich, dass es schon etwas älter ist zitieren:

Grenzüberschreitende Untersuchungen zeigen, dass Länder mit einem hohen freiwilligen Engagement besser mit gesellschaftlichen Herausforderungen fertig werden als solche, bei denen dieses Engagement noch wenig entwickelt ist.

Deutschland liegt im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld.

Moderator Ulrich Reitz: Reden wir nun, da wir langsam zum Ende der Diskussion kommen, einmal einen Moment über Bildung. Kaum ein Bildungssystem schreibt den sozialen Status so fest wie das deutsche System, obwohl über 20 oder 25 Jahre versucht worden ist, dem mit allen möglichen Maßnahmen gegenzusteuern. Bei uns gilt: einmal arm, immer arm. Ein bestimmter sozialer Status wird sozusagen mit sich fortgetragen. Heute ist es so, dass nur jeder achte Student aus einem Nichtakademikerhaushalt kommt. Herr Professor Homann, wahrscheinlich ist es so, dass wir uns dies gar nicht länger leisten können. Besonders gerecht ist es auch nicht.

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Sie können das immer von zwei Seiten sehen. Verfolgen Sie einmal die bildungspolitische Diskussion seit den 60er-Jahren. Ich war damals im Examen. Ich habe 1968 sehr bewusst miterlebt und habe mich unter dem Eindruck von 1968 entschlossen, ein zweites Studium, das Studium der Ökonomie, zusätzlich zum Studium der Philosophie aufzunehmen, um endlich zu kapieren, wie die Gesellschaft funktioniert, und es nicht so zu machen wie meine damaligen Kollegen, die die Gesellschaft in 14 Tagen umkrepeln wollten, ohne etwas davon zu verstehen.

(Beifall)

Wir haben die Diskussion seit den 60er-Jahren unter dem Label „Recht auf Bildung“ geführt. Wir diskutieren auch heute in der Regel aus der Sicht des Einzelnen, der betroffen ist, ausgehend von seinen Anspruchsrechten gegenüber der Gesellschaft. Ich möchte eine Lanze dafür brechen, dass wir die Dinge genauso von der gesamtgesellschaftlichen Seite her sehen können. Wir müssen die Dinge aus der Sicht des Gemeinwohls sehen. Ich gebrauche hier bewusst den altertümlichen und guten Begriff des Gemeinwohls. Dann kommt genau das zum Tragen, was Herr Reitz gerade sagte, nämlich dass wir uns das, was wir derzeit registrieren, gar nicht mehr leisten können. Wir sind auf die letzten Bildungsreserven in unserer Gesellschaft angewiesen. Das Wachstum unserer Gesellschaft, das Wohlergehen der Gesellschaft und die Weiterentwicklung sowie die Zukunftsfähigkeit hängen davon ab, ob wir uns in den neuen Situationen zurechtfinden können. Dabei spielt im Wesentlichen die Bildung eine Rolle. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass alle ihre Fähigkeiten entwickeln, in Differenz untereinander, also jeder dort, wo es es kann.

Die Aufgabe des Staates ist es, eine Rahmenordnung dafür zu erstellen, dass der Einzelne seine Fähigkeiten voll entwickeln kann. Selbst wenn manche das Wort Selbstverwirklichung nicht gerne hören wollen: Das eigentliche Ziel ist, dass der Einzelne befähigt wird, sich selber zu entwickeln. Das kommt dann der Gemeinschaft zugute. Das ist der entscheidende Punkt. Die Gemeinschaft müsste deswegen ein massives Interesse daran haben, dass alle Bildungsreserven zum Wohle der Einzelnen und zum Wohle der Gesellschaft mobilisiert werden.

Moderator Ulrich Reitz: Wählen wir einmal ein konkretes Beispiel. Es gibt hier in Berlin eine Diskussion darüber, ob auf deutschen Schulhöfen die deutsche Sprache verpflichtend sein soll, nachdem sich vorher die Beteiligten, also Eltern, Lehrer und auch Schüler, darauf geeinigt haben. Ist das gut oder nicht gut? Letztlich fängt Integration ja mit Sprache an.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Das ist nicht nur gut, sondern sehr gut.

(Beifall)

Es ist auch außerordentlich bemerkenswert, dass die plötzlich ausgebrochene öffentliche Kritik an diesem Vorhaben der Herbert-Hoover-Realschule zu massenhaften Schulanmeldungen in dieser Schule geführt hat. Das halte ich für einen wunderbaren Vorgang.

(Beifall)

Mir liegt aber sehr viel daran, hinzuzufügen: Dass auf diesem Schulhof Deutsch gesprochen werden soll, hat mit einer deutschen Leitkultur nichts zu tun. Es geht um das universale Prinzip, dass Menschen, die auf Dauer in einem Land leben wollen, imstande sein müssen, sich in der Sprache zu verständigen, in der man sich in diesem Land verständigt.

(Beifall)

Das ist ein ganz universales Prinzip. Es gilt auf dem argentinischen Schulhof, auf dem ich neulich gewesen bin, genauso wie auf dem deutschen Schulhof. Ich glaube darüber hinaus, dass es bei den meisten Dingen, über die wir jetzt gewissermaßen tastend unter dem Gesichtspunkt einer deutschen Leitkultur diskutieren, um universale Prinzipien geht, die in anderen Ländern unter vergleichbaren Bedingungen genauso gelten, wie sie bei uns gelten. Wir wären schon einen riesigen Schritt weiter, wenn diese ganz elementaren Prinzipien von allen verstanden würden und dort, wo sie nicht mehr selbstverständlich sind, ausdrücklich neu verständlich gemacht würden und wenn Menschen, die wie die Leiterin der Herbert-Hoover-Realschule im Wedding Zivilcourage haben, für diese Zivilcourage gelegentlich Anerkennung und eine Prämie bekämen.

(Beifall)

Dr. Patrick Adenauer: Das sind Dinge, die wir im Ausland als selbstverständlich akzeptieren und für gut halten. Wenn wir dort hingehen, verhalten wir uns entsprechend. Hier aber haben wir komischerweise irgendwie Angst davor, an solchen Grundsätzen festzuhalten.

Ich möchte noch auf zwei Aspekte eingehen. In Amerika, das viel gescholten wird, ist die Quote der Kinder aus Arbeiterhaushalten, die akademische Abschlüsse machen, erstaunlicherweise doppelt so hoch. Dort funktioniert das System der Förderung von Begabung offensichtlich besser, weil man dort auch Eliten stärker fördert. Ich denke, das wäre eine gute Messlatte. Es könnte sehr viel erreicht werden, wenn man privates Kapital und Intelligenz zusammenbringt. Insofern glaube ich, dass viel Freiheit für Universitäten und für Bildungseinrichtungen, wie sie jetzt angestrebt wird, genau der richtige Weg ist.

Nina Ruge: Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Wir haben jetzt über einen ganzen Strauß von Werten gesprochen. Dabei ist noch nicht angesprochen worden, wie intensiv in Deutschland überhaupt über Werte diskutiert wird. Mir geschieht dies noch viel zu wenig intensiv. Ich meine, die Fläche, die wir auch in den Medien haben und die wir nutzen, um über solche Themen zu diskutieren, ist sehr gering. Ich hatte einmal einen Anlauf gemacht und wollte im Rahmen einer Sendung Menschen vorstellen, die Werte leben. Es ist mir allerdings noch nicht ganz gelungen, dies zu implementieren. Wir brauchen Flächen, wir brauchen Diskussionsforen, auf denen wir mit Menschen etwa mit der erwähnten Schulleiterin, über das diskutieren, was diese Menschen bewegt und worüber wir auch hier diskutiert haben. Wir sollten mit diesen Menschen über ihre Gefühle und ihre Wertmaßstäbe reden. In Deutschland stehen wir, wie ich denke, im Augenblick erst am Anfang einer solchen Diskussion. Heute und hier führen wir eine solche Diskussion.

(Beifall)

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Ich will zusätzlich darauf hinweisen, dass wir nicht nur dann über Werte reden, wenn wir sie ausdrücklich zum Thema machen. Wir reden durch die Art und Weise, in der wir bestimmte Dinge bezeichnen und beschreiben, indirekt sehr oft über Werte. Ich möchte zwei Beispiele aus dem politischen Feld nennen. Im Zusammenhang mit Hartz IV hat man es für klug gehalten, die Familie Bedarfsgemeinschaft zu nennen. Ich habe mich vorhin mit Michael Sommer unterhalten. Wir sind uns einig darin, dass das eine semantische Katastrophe ist.

(Beifall)

Diejenigen, die so reden, denken offensichtlich: Wir brauchen einen Oberbegriff, unter den auch die Sonderformen von Familien passen. Folglich sprechen sie von Bedarfsgemeinschaft. Wenn man dann am nächsten Tag wieder anfängt, darüber zu reden, dass wir die Familie hochhalten sollten, stellt man fest, dass zuvor mit dem erwähnten Begriff so viel kaputtgemacht worden ist, dass man damit beschäftigt ist, den Schaden wieder zu reparieren. Ich nenne ein zweites Beispiel. Wir sind uns in der gesamten Diskussion über das Bildungsproblem darüber einig, dass man mit dem Ausgleich der Bildungschancen für Kinder aus bildungsfernen Familien so früh wie möglich ansetzen muss, also nicht erst im Primärbereich, sondern schon im Elementarbereich. Der Elementarbereich ist der Schlüssel zur Lösung des Problems, über das wir gerade diskutiere-

ren. In der jetzigen familienpolitischen Diskussion sprechen Sie, mit Verlaub gesagt, aber alle wieder von Betreuung. Nachdem wir uns Jahr für Jahr angestrengt haben, im Blick auf die Kindergärten und die anderen Kindertageseinrichtungen deutlich zu machen, dass sie nicht Betreuungseinrichtungen, sondern Bildungsorte sind, wird durch eine unkluge semantische Debatte jetzt alles wieder zurückgedreht.

(Beifall)

Ich will einfach darauf hinweisen: Nicht nur dann, wenn auf einem Kongress „Werte“ draufsteht, sind auch Werte drin. Vielmehr werden in der täglichen politischen Sprache ebenso wie in der wirtschaftlichen, kirchlichen oder wissenschaftlichen Sprache Wertentscheidungen transportiert. Ich kann nur dringend an Sie appellieren: Selen Sie bei diesem Punkt sorgsamer, als man es manchmal beobachten kann. Dafür wollte ich nur zwei Beispiele anführen.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: Wenn man den Gedanken der gelebten Elternschaft mit dem Gedanken der Teilhabe verbindet, kommt man auch dazu, sich zu überlegen, wie man den Zustand ändern kann, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund von den Bildungsangeboten keinen Gebrauch machen und die Eltern ihre Kinder gerade nicht in die Kindergärten schicken. Es ist ein riesiges Problem, das uns auch in den nächsten zehn oder 15 Jahren noch stark beschäftigen wird, dass die Kohäsion in der Gesellschaft gerade in diesem Punkt abnimmt.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Unter dem Gesichtspunkt, den ich eben gerade zu entwickeln versucht habe, werden Sie alle Finanzierungsschwierigkeiten will ich dabei im Augenblick einmal zurückstellen wahrscheinlich auch dem Gedanken zustimmen können, dass der Elementarbereich derjenige Bereich ist, von dem in allererster Linie gelten müsste, dass er beitragsfrei ist. Etwas zugespitzt gesagt: Über Studiengebühren kann man wirklich diskutieren. Anders ist es in Bezug auf Gebühren, die den Eltern einen Vorwand dafür geben, ihre Kinder nicht in die erwähnten Einrichtungen zu schicken, weil sie sagen: Das ist zu teuer; das können wir uns nicht leisten. – In diesem Bereich ist eine Korrektur dringend notwendig.

(Beifall)

Man kann nicht die Kinder gegen ihre Eltern bilden. Man muss die Eltern dafür gewinnen, dass sie die Bildung ihrer Kinder wichtig nehmen. Das ist es, was man versuchen müsste.

Moderator Ulrich Reitz: Also Gebührenfreiheit für Kindergärten?

Bischof Dr. Wolfgang Huber: ja.

Dr. Patrick Adenauer: Ich meine, es sollte nach Bedürftigkeit verfahren werden. Wenn es Eltern gibt, die die Beiträge zahlen können, sollen sie sie ruhig zahlen. Das Problem ist, dass wir über

rall mit der Gießkanne darüber gehen und der Staat sich damit letztlich immer wieder überfordert, weil ihm die Mittel fehlen. Insofern bin ich dafür, nach Bedürftigkeit zu verfahren.

(Beifall)

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Dann müssten Sie meiner Meinung nach aber konsequent sein und den Beitrag nach Bedürftigkeit quer durch das ganze Bildungssystem hindurch ziehen und nicht ausgerechnet auf den Elementarbereich konzentrieren.

(Vereinzelt Beifall)

Damit kämen wir zu einer weiteren langfristigen Überlegung, die wiederum einen Ausgleich erforderlich macht: Eltern, auch gut verdienende Eltern zahlen im Vergleich zu gleichaltrigen, gleich ausgebildeten und gleich beschäftigten kinderlosen Paaren von nebenan ohnehin schon in erheblichem Umfang für ihre Kinder. Kinderarmut bedeutet ja für viele, dass sie dadurch, dass sie Kinder haben, ärmer sind. Das bejahen viele innerlich, aber viele bejahen es auch nicht, vor allem so lange nicht, solange man nicht ausdrücklich darüber diskutiert und nicht sagt: Ja, so ist es. Es gibt Punkte, bei denen wir Korrekturen vornehmen wollen, und es gibt andere Punkte, bei denen wir keine Korrekturen vornehmen wollen. – Es ist also eigentlich ein Stück mehr Ehrlichkeit, was ich mir in dieser Debatte wünsche.

(Beifall)

Moderator Ulrich Reitz: An dieser Stelle hole ich mir jetzt Rat beim Ökonomen. Keine finanziellen Kindergartenbeiträge oder für alle Beiträge nach Bedürftigkeit? Was sagt der Ordnungspolitiker dazu?

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Wir haben dieses Prinzip „nach Bedürftigkeit“ so überstrapaziert, dass wir eine riesige Bürokratie aufgebaut haben, und das droht auch hier wieder.

(Beifall)

Ich würde sagen – aber jetzt bitte aus dem Handgelenk, denn ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet –

Moderator Ulrich Reitz: Den Eindruck habe ich schon!

Prof. Dr. Dr. Karl Homann: Aus dem Handgelenk geschüttelt würde ich sagen, ab einem bestimmten gehobenen Einkommen – setzen Sie es meinetwegen beim Höchststeuersatz an – Gebühren ja, sonst nicht. Ich würde das – ganz unabhängig von den Finanzierungsfragen – sehr hoch ansetzen, um nicht neue Bürokratie aufzubauen. Denselben Unsinn machen wir im Augenblick bei den Studiengebühren. Da wird darüber diskutiert, noch einmal zwischen 300 und 500 Euro zu differenzieren. Das soll dann nach Bedürftigkeit gehen, nach Fächern usw. Wir bauen da riesige Bürokratien auf! Wenn ich mir jetzt in der Universität München die Entwürfe

anschauen und sehen, nach welchen Gesichtspunkten da differenziert wird, dann beschäftigen wir, um das alles auszurechnen, wieder ein Heer von Bürokraten.

Dr. Patrick Adenauer: Ja, weil die richtige Idee dann wieder verbrämt wird! Man möchte sie wieder in etwas anderes einpacken. Das ist ja das Problem.

Moderator Ulrich Reitz: Es fehlt in der Politik allerdings auch der Mut, darauf hinzuweisen, dass 500 Euro keine Studiengebühren sind.

(Zuruf: Ein Verwaltungskostenbeitrag!)

Wer nach Amerika schaut oder Kinder an privaten Universitäten hat, der weiß, was Studiengebühren sind. Da reden wir über mindestens 7 000 Euro pro Jahr. Allerdings bekommt man dafür – das muss man einfach auch einmal sagen – ein völlig anderes Bildungsangebot.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Studiengebühren würden ja voraussetzen, dass es die Studienplätze, für die die Menschen Gebühren zahlen, auch tatsächlich gibt. An vielen Universitäten haben wir aber wesentlich mehr Studierende, als wirklich ausgestattete Studienplätze vorhanden sind. Solange das so ist, hat man eine innere Hemmung eingebaut, Studiengebühren zu verlangen, denn Studiengebühren können doch nur für real existierende Studienplätze verlangt werden.

Dr. Patrick Adenauer: Das ist wieder die Frage: Henne oder Ei? Wenn es Studiengebühren gäbe, gäbe es auch die Studienplätze.

Bischof Dr. Wolfgang Huber: Ja, das kann schon sein.

Moderator Ulrich Reitz: Meine Damen und Herren, glauben Sie jetzt nicht, dass wir über viele Themen geredet haben. Wir haben über ein Thema geredet! Wir haben nur über das Thema „Gerechtigkeit“ geredet – und über alles, was daran hängt, über Teilhabe und darüber, wie sich das im internationalen Rahmen darstellt, etwa bei der Entwicklungshilfe. Es geht immer nur um das eine Thema, um die Gerechtigkeit und darum, wie man sie ausgestaltet.

Von hier oben habe ich bemerkt, dass in der ganzen Zeit nur einige wenige diesen Saal verlassen haben. Dabei haben wir doch Mittagszeit, und Sie alle haben noch nichts gegessen. Dafür, dass Sie die ganze Zeit hier ausgehalten haben, sich drei Reden angehört und sich dann auch noch eine Podiumsdiskussion angetan haben, möchte ich mich außerordentlich bedanken.

Damit kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

**SCHLUSSWORT
DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS
RONALD POFALLA**

Bitte schön, Ronald Pofalla. Sie haben das Wort.

(Beifall)

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Liebe Nina Ruge, lieber Patrick Adenauer, verehrter Professor Homann, verehrter Bischof Huber, lieber Herr Reitz! Ich danke Ihnen dafür, dass Sie uns ein knappes Gut zur Verfügung gestellt haben, nämlich – das wird bei Ihnen allen ja wahrscheinlich der Fall sein – das knappe Gut Ihrer Zeit, um heute mit uns zu diskutieren. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich darf mich, glaube ich, in Ihrer aller Namen bei Ulrich Reitz besonders für die ausgezeichnete Moderation bedanken. Herzlichen Dank, Herr Reitz!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden Ende April dieses Jahres die Grundsatzprogrammkommission im Bundesvorstand einsetzen. Im April und im Mai werden wir dann mit der Bundesvorsitzenden der CDU, Angela Merkel, die Möglichkeit haben, im Rahmen von fünf Regionalkonferenzen in ganz Deutschland über die zentralen Leitfragen zu diskutieren, die im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm diskutiert werden müssen. Am 22. August werden wir dann hier in Berlin unseren Grundsatzkongress I durchführen, der mit Ihnen – im Kern schon nach Grundsatzfragen geordnet – die grundsätzliche Debatte führen wird. Ich darf Sie alle dazu einladen, ich darf unsere Mitglieder einladen, sich daran zu beteiligen, und ich darf den Wunsch wiederholen, den Angela Merkel vorhin geäußert hat, den Wunsch nämlich, bei aller inhaltlichen Kontroverse unsere Grundsatzprogrammdebatte doch in der Achtung der Meinung des jeweils anderen zu führen.

Ich freue mich auf diese Debatte, ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie so zahlreich erschienen sind, und ich darf Sie im Namen der CDU jetzt zu einem Imbiss einladen. Herzlichen Dank für Ihr Kommen!

(Beifall)

(Schluss: 14.12 Uhr)

ANHANG

**Beschlussprotokoll
des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
am 20. Februar 2006 in Berlin**

Tagesordnung

- 1. Eröffnung und Begrüßung**
- 2. Regularien**
- 3. Rede des designierten Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**
- 4. Bericht der Mandatsprüfungskommission**
- 5. Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands gemäß § 31 Abs. 3 Statut der CDU**
- 6. Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden der Wertekommission der CDU Deutschlands, Dr. Christoph Böhr MdL**
- 7. Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**
- 8. Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“**
- 9. Schlusswort des Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**

Zu TOP 2:

a) **Folgendes Tagungspräsidium wurde nach Eröffnung des Bundesausschusses der CDU Deutschlands am 20. Februar 2006 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltung gewählt:**

Tagungspräsident: Günther H. Oettinger MdL

Weitere Mitglieder: Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Thomas Webel

b) **Die eingangs wiedergegebene Tagesordnung wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.**

c) **Die vom Bundesvorstand für den Bundesausschuss der CDU Deutschlands vorgeschlagene Mandatsprüfungskommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:**

Vorsitzender: Ulf Leisner

Weitere Mitglieder: Monika Lentes
Dirk Reitze

d) **Die vom Bundesvorstand für den Bundesausschuss der CDU Deutschlands vorgeschlagene Stimmzählkommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:**

Vorsitzender: Jürgen Zander

Stellv. Vorsitzender: Dr. Vera Anna Touché

Weitere Mitglieder: Martin Fernbach
Helga Kehlenbach
Gerti Moers
Sabine Podschun
Christian Roelen
Christian Schulze
Silke Rudolph
CDU-Bundesgeschäftsstelle

- e) Die vom Bundesvorstand für den Bundesausschuss der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ronald Pofalla MdB
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Johannes von Thadden
Mitglieder:	Michael Boddenberg MdL Friederike de Haas MdL Hermann Gröhe MdB Dr. Werner Langen MdEP Mike Mohring MdL Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP Katherina Reiche MdB Dorothea Störr-Ritter Dr. Johann Wadephul MdL

- Zu TOP 3:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm die **Rede des designierten Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

- Zu TOP 4:** Die **Mandatsprüfungskommission** des Bundesausschusses der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 30 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Bundesausschuss aus 135 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11:15 Uhr von den 135 stimmberechtigten Delegierten des Bundesausschusses 81 anwesend.

Der Bundesausschuss ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Monika Lentens

gez. Dirk Reitze

- Zu TOP 5:** Wahl des Generalsekretärs
- Es wurde gewählt:
- Ronald Pofalla MdB
- Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 79
- Ungültig: 0
- Enthaltungen: 1
- Gültige Stimmen: 78
- Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 40
- Ja: 76
- Nein: 2
- Zu TOP 6:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm die Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden der Wertekommission der CDU Deutschlands, Dr. Christoph Böhr MdL, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 7:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm die Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 8:** Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“
- Teilnehmer:** Prof. Dr. Dr. Karl Hohmann
Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- Dr. Patrick Adenauer
Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V. (ASU)

Bischof Dr. Wolfgang Huber
Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche
Deutschland, Bischof der Evangelischen
Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz

Nina Ruge
Moderatorin
Repräsentantin Unicef

Moderation:

Ulrich Reitz
Chefredakteur „Westdeutsche Allgemeine
Zeitung“

Nach den einzelnen Eingangsstatements der Teilnehmer folgte eine intensive Podiumsdiskussion.

Zu TOP 9:

Schlusswort des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla
MdB

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Adenauer, Patrick	39 ff.
Böhr, Christoph	18 ff.
Homann, Karl	40 ff.
Huber, Wolfgang	39 ff.
Merkel, Angela	5 ff., 15 f., 24 ff.
Oettinger, Günther H.	8 ff., 15 ff., 24
Pofalla, Ronald	9 ff., 37 f., 60
Reitz, Ulrich	38 ff.
Reitze, Dirk	15
Ruge, Nina	38 ff.



Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation

Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de

